

Zukunftsfähig wirtschaften für nachhaltigen Wohlstand - Rahmen setzen für die sozial-ökologische Marktwirtschaft



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2019
Tagesordnungspunkt: WKF Wirtschaft, Klima, Finanzen

Antragstext

- 1 Unser Wirtschaftssystem und unser Wohlstandsverständnis stehen vor dramatischen
- 2 Veränderungen. Dabei geht es um viel mehr als um eine konjunkturelle Flaute nach Jahren des
- 3 Booms. Viele der heutigen strukturellen Anreize zu produzieren, zu handeln und zu
- 4 konsumieren, stellen uns vor ökologische Probleme dramatischen Ausmaßes und befeuern sozial-
- 5 ökonomische Verteilungskrisen. Es geht um sehr grundsätzliche Herausforderungen.
- 6 Ein ungezügelter Natur- und Ressourcenverbrauch, die Abhängigkeit von Exportüberschüssen,
- 7 eine unzureichend regulierte Globalisierung, die Krise der Care-Arbeit, fehlende
- 8 Investitionen in die Zukunft: Die Krisen verdeutlichen, dass unser angestammtes
- 9 Wirtschaftsmodell so nicht mehr funktioniert. Der liberale Ökonom Nicolas Stern hat zu Recht
- 10 festgestellt: „Der Klimawandel ist der größte Fall von Marktversagen, den die Welt je
- 11 gesehen hat.“
- 12 Die enormen Wohlstandsgewinne kommen bei zu vielen nicht an und die Ungleichheit nimmt zu.
- 13 Globale Konzerne, die sich nationaler Rechtsetzung entziehen, und Finanzmärkte, die an
- 14 Stelle demokratischer Politik entscheiden, unter welchen Bedingungen wir Menschen leben. Das
- 15 alles höhlt nicht nur die Grundlagen des gemeinschaftlichen Zusammenlebens aus und
- 16 gefährdet
- 17 bei uns und in vielen anderen Ländern immer stärker das Vertrauen in demokratische Politik.
- 18 Es zerstört auch die ökonomischen Grundlagen unserer Gesellschaft. Gleichzeitig erschüttern
- 19 globale Handelskonflikte die Weltwirtschaft und die multilaterale Weltwirtschaftsordnung.
- 20 Der drohende Brexit sorgt zusätzlich für Verunsicherung in der EU. Das hat Folgen. Nach
- 21 Jahren des Booms zeichnet sich in Deutschland ein ernsthafter Abschwung der Konjunktur ab.
- 22 Jede Generation hat ihre Aufgabe. Wohlstand als Frage der Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit
- 23 neu zu definieren und die Politik darauf auszurichten, ist unsere. Wir müssen jetzt den Mut
- 24 haben, weitreichende Entscheidungen zu treffen, dafür leidenschaftlich in der ganzen Breite
- 25 der Gesellschaft zu werben und nicht verzagt nur in Trippelschritten zu denken.
- 26 Übergeordnetes Ziel ist eine ökologisch nachhaltige, gerechte und emanzipatorische Welt.
- 27 Diese drei Dimensionen sind Richtschnur für die Bewertung der Zukunftsfähigkeit unseres
- 28 Wirtschaft- und Finanzsystems. Sie bedingen einander und dürfen nicht gegeneinander
- 29 ausgespielt werden. Wir sind dabei nicht blind für Zielkonflikte, die in demokratischen
- Aushandlungsprozessen gelöst werden müssen.

30 Konzepten wie „Wachstum“, „Effizienz“, „Wettbewerb“ und „Innovation“ wird derzeit ein
31 Selbstzweck zugestanden, anstatt sie als das zu betrachten, was sie sein sollten: Mittel zur
32 Erreichung von Wohlstand und Lebensqualität innerhalb der planetaren Grenzen. Wir aber
33 wollen die fundamental wichtigere Debatte um gesellschaftliche Ziele führen, denen diese
34 Mittel unterzuordnen sind. So wollen wir auch individuelle und gesellschaftliche Freiheit
35 neu beleben.

36 Richtig ausgestaltet schaffen wir die Grundlagen dafür, dass notwendige Innovationen in
37 Europa entwickelt und marktfähig gemacht werden und damit zukunftsfähige neue
Arbeitsplätze
38 im Handwerk, in Startups, in der Dienstleistungsbranche und auch in traditionsreichen
39 Industrieunternehmen entstehen. Dazu gehören auch massive Investitionen, öffentlich wie
40 privat, um den immensen Investitionsstau in unserem Land zu begegnen, um mit Produktivität
41 und neuen Ideen die immensen Aufgaben beim Klimaschutz schnell und entschlossen anpacken
zu
42 können.

43 Wir streben ein Wirtschafts- und Finanzsystem an, das die planetaren Grenzen einhält und
44 gleichzeitig menschliche Entfaltung garantiert – und zwar weltweit, über Grenzen hinweg und
45 für zukünftige Generationen. Ein zentrales Mittel dafür ist die **sozial-ökologische**
46 **Neubegründung der Marktwirtschaft**. Sie ist das Gegenmodell zu einem ungeregeltem
47 Kapitalismus und einem autoritären Staatskapitalismus. Für dieses zukunftsfähige Modell der
48 Marktwirtschaft ist mit der Gemeinwohlorientierung des Eigentums bereits die Grundlage
49 gelegt. Art. 20a GG verpflichtet zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Die
50 Sozialpflichtigkeit des Eigentums in Art. 14 Abs. 2 GG umfasst daher auch die Verpflichtung
51 auf die Einhaltung ökologischer Leitplanken. Wir streben ein Wirtschafts- und Finanzsystem
52 an, das die planetaren Grenzen einhält und gleichzeitig menschliche Entfaltung garantiert –
53 und zwar weltweit, über Grenzen hinweg und für zukünftige Generationen.

54 Den Weg dahin bereitet ein **Green New Deal**. Er schafft den neuen Ordnungsrahmen für
fairen,
55 ökologisches und nachhaltiges Wirtschaften. Er investiert mutig in die Zukunft. Er setzt
56 neue Kräfte für Kreativität und Innovationen frei. Er sorgt für sozialen Ausgleich und soll
57 zur Geschlechtergerechtigkeit beitragen. Er schafft die Grundlagen für einen nachhaltigen
58 Wohlstand, der nicht auf der Ausbeutung der Natur und einer fossilen Wirtschaftsweise
59 basiert, sondern den Mensch in den Mittelpunkt stellt.

60 Wir sind überzeugt, dass das freie und kreative Handeln von Menschen und die Dynamik eines
61 fairen Wettbewerbs und gesellschaftlicher Kooperation nachhaltigen Wohlstand und innovative
62 Problemlösungen schaffen können. Wenn die Rahmenbedingungen stimmen, bietet die
63 Marktwirtschaft beste Voraussetzungen für sozial-ökologisches Wirtschaften. Die Kräfte von
64 Märkten und Kapital können beeindruckend sein - sie haben unsere Gesellschaften und unseren
65 Planeten in den letzten Generationen fundamental verändert. Märkte können Bedürfnisse und
66 Fähigkeiten in komplexen Gesellschaften zusammenbringen und viele Menschen konnten sich so

67 aus absoluter Armut befreien. Auch können Marktmechanismen zur Lösung mancher
68 gesellschaftlicher Probleme beitragen. Doch andererseits können sie auch große
69 Destruktivkräfte entwickeln: Anreize zur Ausbeutung nicht-erneuerbarer, zur Übernutzung
70 nachwachsender Rohstoffe sowie zur Ausbeutung der Arbeitskraft von Menschen gehen zu

Lasten

71 von Ökosystemen und dem Wohl der Weltgemeinschaft. Konzentrationstendenzen auf Märkten
72 verkehren ihre positiven Aspekte ins Gegenteil.

73 Märkte funktionieren nur mit klaren Leitplanken. Doch dafür braucht es den gesamten
74 Instrumentenkasten aus Steuern-, Abgaben- und Ordnungsrecht sowie intelligenter öffentlicher
75 Forschungs- und Förderpolitik. Wir wollen die Leitplanken im Markt so setzen, dass er
76 zukunftsfähige Ergebnisse produziert. Im Wettbewerb soll erfolgreich sein, wer übergeordnete
77 gesellschaftliche Ziele nicht konterkariert, sondern sie durch die dezentrale Suche nach den
78 effizientesten Angeboten für Bedarfe befördert. Wir wollen die Besteuerung vom Faktor
79 „Arbeit“ auf die Faktoren „Ressourcen“ und „Kapital“ verlagern sowie externalisierte Umwelt-
80 und Sozialkosten internalisieren und damit in die Unternehmensbilanzierung ökologische und
81 soziale Werte einpflegen.

82 Der Markt kann allerdings nicht das alleinige Organisationsprinzip für das Wirtschaften in
83 einer Gesellschaft sein. Ein Großteil menschlicher Wirtschaftsbeziehungen erfolgt jenseits
84 von Märkten – über den Staat, in Haushalten oder gemeinschaftlich organisierten Bereichen.
85 Innovation und die Durchsetzung bester Ideen gibt es auch in kooperativen Systemen außerhalb

86 kapitalistischer Märkte. Produktion und Eigentum kann auch in anderen Formen jenseits von
87 Markt und Staat organisiert werden, etwa in Genossenschaften. Dazu bedarf es eine aktive
88 Förderung solcher Alternativen und eine Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen
für

89 ihre Ausweitung und Absicherung.

90 Technologische Entwicklung ist ein wesentlicher Baustein, um die genannten Ziele zu
91 erreichen. Statt eines blinden Strebens nach technischen Innovationen wollen wir diese
92 werte- und zielgeleitet gestalten und entsprechend fördern. Wir GRÜNE wollen einen
93 Fortschritt, der sich nicht an der bloßen Anzahl technischer Innovationen festmacht, sondern
94 daran, dass es eine konkrete Verbesserung der Lebensbedingungen für die Menschen und des
95 Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen gibt.

96 Ein Green New Deal, der die planetaren Grenzen unserer Erde einhält, erfordert radikales
97 Umsteuern und die Bereitschaft zu einem Kulturwandel, der Entfaltung nicht mit Konsum
98 gleichsetzt, sondern Freizeit, Bildung, Familie, Gemeinschaft und Gesundheit aufwertet.

99 Die Aufgabe besteht darin, die all diese Allokations- und Kooperationsprozesse der Zukunft
100 so auszurichten, dass sie den Menschen und der Natur dienen. Eigentum verpflichtet. Im
101 Mittelpunkt unser Wirtschaftspolitik stehen, nicht die Gewinne Einzelner, sondern das
102 Wohlergehen aller Bürger*innen und der Schutz der Umwelt. Dafür braucht es eine Politik, die
103 beherrscht vorangeht. Wenn wir es gut machen, können wir die großen Herausforderungen jetzt
104 nutzen, um unsere Wirtschaft in Deutschland und in Europa auf Zukunft, Gemeinwohl und
105 nachhaltigen Wohlstand zu drehen. Deutschland kann hier eine Vorreiterrolle einnehmen und
106 vorleben, dass menschliche Entfaltung unter Einhaltung der planetaren Grenzen möglich ist.

107 Es wird gelingen

108 Unser Anspruch ist, dass Menschen sich entlang ihrer Vorstellungen in Freiheit und Würde
109 entfalten können. Das erfordert ein Wirtschaftssystem, das Unternehmensgeist ebenso fördert
110 wie es die Rechte von Beschäftigten schützt, nachhaltigen Wohlstand schafft, auf globale
111 Gerechtigkeit zielt, die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern überwindet und

112 gleichzeitig mit starken sozialen Institutionen Gerechtigkeit und Sicherheit garantiert.
113 Eine starke und zukunftsfähige Wirtschaft, starke staatliche Institutionen und ökologische
114 Leitplanken sowie ein starkes soziales Netz sind deshalb Grundbedingungen für die sozial-
115 ökologische Marktwirtschaft. Es bedarf auch einer ökonomischen Bildung für nachhaltige
116 Entwicklung, um diese Transformation zu realisieren und die Menschen zu befähigen, an der
117 Umsetzung der Ziele einer nachhaltigen Entwicklung lokal, national und global mitzuwirken.
118 Was Unternehmen, Arbeitnehmer*innen und Verbraucher*innen nicht brauchen, ist eine
119 wankelmütige Politik, die (zu) spät ihre Unterlassungen korrigiert und dann in hektischen
120 Aktionismus verfällt. Was sie brauchen, ist ein berechenbarer Weg in eine grundlegend neue
121 Welt.

122 Für Deutschland ist die Überwindung des Kohle- und Öl-Zeitalters ein entscheidender, ja ein
123 schicksalhafter Moment. Automobil, Chemie und Maschinenbau waren die Säulen des Erfolges
124 der
125 deutschen Wirtschaft in den letzten Jahrzehnten, aber sie müssen sich neu erfinden, um den
126 Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden. Dabei kann die deutsche Industrie
127 auf das bauen, was sie – und vor allem den Mittelstand – stark gemacht hat: ihre
128 Ingenieurskunst, ihre Kreativität, das mittelständische Tüftlertum, die Sozialpartnerschaft
129 mit den Gewerkschaften und ihre europäische und globale Orientierung.

129 Der Green New Deal für eine sozial-ökologische Neubegründung der Marktwirtschaft wird dann
130 erfolgreich sein, wenn er auf ein neues Bündnis aus Arbeit und Umwelt setzt. Ohne die
131 Beteiligung von Beschäftigten, Betriebsrät*innen und Gewerkschaften, ohne ihre Perspektive,
132 ihren immensen Wissensschatz und ihre Wirkmacht in Unternehmen gelingt der Aufbau einer
133 gemeinwohlorientierten Wirtschaftsordnung nicht. Wir wollen mit den Beschäftigten Seit an
134 Seit für den Wandel kämpfen.

135 Viele Unternehmen machen sich bereits auf den Weg dahin. Mittelständler*innen schalten ihre
136 Produktion auf Klimaneutralität um, Finanzinstitute entziehen sich dem Geschäft mit fossilen
137 Energien, IT-Unternehmen setzen auf Erneuerbare und Großkonzerne erweitern grüne
138 Produktportfolios. Die Industrie verlangt bereits ein überzeugendes, ökologisches
139 Modernisierungsprogramm für Deutschland. Die Technologien, Innovationen und Ideen sind da.
140 **Die Politik muss jetzt liefern.** Eine teils noch schweigende, immer lauter werdende Mehrheit
141 ist für eine positive, sozial-ökologische Gesellschaftsvision. Diese wollen wir in
142 politisches Gewicht ummünzen und werden den engen Schulterschluss mit
143 Wirtschaftsvertreter*innen, Bürger*innenbewegungen, Studierendenorganisationen,
144 Gewerkschaften und kritischen Forscher*innen suchen. Wir werden uns konsequent gegen die
145 Kräfte behaupten, die einer Transformation entgegen stehen.

146 Mit folgenden Maßnahmen wollen wir den Weg in eine sozial-ökologische Transformation
147 ebnen:

147 **1. Ein neuer Wohlstandsbegriff**

148 Um den universalen Anspruch der Menschen auf Würde, Freiheit und Glücksstreben innerhalb
149 der
150 planetaren Grenzen zu erfüllen, brauchen wir eine andere Form, Wohlstand zu messen. Unser
151 heutiges Wirtschafts- und Sozialsystem ist darauf angewiesen, dass die Wirtschaft stetig
152 wächst. Wächst sie nicht, drohen im heutigen System Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit,
153 geraten Staatshaushalt und Sozialversicherungen ins Ungleichgewicht und es verschärfen sich

153 gesellschaftliche Verteilungskonflikte. Klar aber ist: Ein ökologisch blindes
154 Wirtschaftswachstum und die ökologische Begrenztheit unseres Planeten stehen miteinander im
155 Konflikt. **Dazu werden wir sowohl Wohlstand von Wachstum als auch Wachstum soweit
möglich von**
156 **Ressourcenverbrauch entkoppeln.** Wirtschaftswachstum ist nicht per se das Problem - der
damit
157 einhergehende Verbrauch natürlicher Ressourcen, die Überlastung natürlicher Senken - wie zum
158 Beispiel Ozeane und Wälder - und die Ausbeutung billiger Arbeitskraft schon.
159 Maßgeblich ist daher, nach Maßgabe globaler Tragfähigkeitskriterien sowie ökologischer
160 Regenerations- und Belastungsgrenzen, dem ökonomischen Prozess Vorgaben für den
maximalen
161 Verbrauch an nachwachsenden Ressourcen und die Inverkehrbringung fossiler Ressourcen zu
162 machen. Deswegen müssen wir unsere Systeme darauf vorbereiten auch
wachstumsunabhängig
163 stabil zu bleiben.

164 Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist schon heute ein schlechter Indikator für Wohlstand und
165 Lebensqualität, es ist blind für die sozialen Folgen und die ökologischen Schäden unseres
166 Wirtschaftens. So werden etwa der Abbau von Ressourcen und die Zerstörung von Natur- und
167 Sozialkapital im BIP überhaupt nicht berücksichtigt. Während Unternehmen beispielsweise den
168 Rückgang von eigenen Bodenschätzen den Gewinnen gegenüberstellen und Abschreibungen
169 vornehmen, macht der Staat das bisher nicht. Auch Reparaturmaßnahmen von Umweltschäden
170 erscheinen im BIP als Steigerung, obwohl damit bestenfalls der Status quo wiederhergestellt
171 und unter dem Strich nichts gewonnen ist. Genauso wird die unbezahlte Sorgearbeit, die vor
172 allem von Frauen geleistet wird und eine unverzichtbare Grundlage unseres Wohlstands bildet,
173 derzeit bei der Wohlstandsmessung nicht berücksichtigt. Wir schlagen deshalb **ein neues**
174 **Wohlstandsmaß** und eine **neue Form der Wirtschaftsberichterstattung** vor, um neben
den
175 ökonomischen auch ökologische, soziale und gesellschaftliche Entwicklungen zu messen und
176 Indikatoren dafür festzulegen.

177 Wir wollen damit Wohlstand in Deutschland und Europa zukünftig umfassender messen und den
178 Fortschritt beim ökologischen Umbau der Wirtschaft langfristig abbilden. Auch für die
179 Unternehmen können davon innovative Impulse ausgehen. Wir wollen, dass öffentliche
180 Unternehmen mit gutem Beispiel voran gehen und an der Erarbeitung der integrierten
181 Berichterstattung als Pilotunternehmen mitwirken. Die von allen größeren privaten
182 Unternehmen in ihrem Jahresabschluss zu veröffentlichenden Nachhaltigkeitsindikatoren
183 wie CO₂-Emissionen wollen wir zukünftig für börsennotierte Unternehmen verpflichtend in die
184 Kommunikation ihrer Finanzergebnisse einfügen, um so den Dialog mit Investoren und der
185 Gesellschaft zu sozial-ökologischen Werten zu verstetigen. Bestehende Ausnahmen für nicht
186 börsennotierte Unternehmen sowie für viele Banken und Versicherer wollen wir abschaffen. Wir
187 wollen das Aktienrecht und die Bilanzierungsregeln so verändern, dass Aktiengesellschaften
188 sich von innen heraus verändern und auf eine langfristige, nachhaltige Entwicklung
189 ausrichten. Wir werden Aktiengesellschaften verpflichten, sich eine Nachhaltigkeitsstrategie

190 zu geben. Dadurch schaffen wir einerseits Transparenz, andererseits wird so erst möglich,
191 dass von einer Pflichtverletzung des Vorstandes abgesehen wird, wenn eine Entscheidung der
192 nachhaltigen Entwicklung des Unternehmens, nicht der kurzfristigen Gewinnerwartung dient.
193 Die nichtfinanziellen Ziele und Indikatoren sollten wie die finanziellen extern überprüft
194 und testiert werden. Langfristig wollen wir erreichen, dass diese ökologischen und sozialen
195 Werte auch entsprechend bepreist werden und so direkten Einfluss auf den wirtschaftlichen
196 Erfolg eines Unternehmens haben.

197 **2. Die Wirtschaft klimaneutral machen**¹

198 Wir können unser Wirtschaften verändern, aber nicht unsere Abhängigkeit von einer intakten
199 Natur. Aus wissenschaftlicher Perspektive sind wir beim CO₂-Ausstoß kurz davor, alle roten
200 Linien zu überschreiten, vor denen uns fast alle Forscher*innen warnen. Das hätte
201 gravierende Konsequenzen für uns, unsere Kinder und Enkel. Die Auswirkungen spüren wir
schon
202 heute drastisch. Noch stärker betreffen sie jetzt schon Menschen im globalen Süden, obwohl
203 sie am wenigsten zu dem menschengemachten Klimawandel beigetragen haben. Politisch
werden
204 die Klima- und Umweltauswirkungen unserer derzeitigen Wirtschaftsweise unsere
Gesellschaften
205 fordern wie nie zuvor.

206 Nach Jahren des Stillstands ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, schnell und massiv in die
207 Infrastruktur zu investieren, die eine klimaneutrale Wirtschaft und Gesellschaft trägt. Um
208 zur klimaneutralen Wirtschaft zu kommen, müssen **Bahn, Autos und Gebäude weitgehend**
209 **elektrifiziert** werden. Für Lastwagen, Flugzeuge und Schiffe wird Wasserstoff eine zentrale
210 Rolle spielen, ebenso für die Stahlindustrie, die Zementindustrie und Teile der
211 Chemiebranche.

212 Die Energiewende muss dafür nach den Phasen der Markteinführung und Marktdurchdringung
nun
213 in die dritte Phase geführt werden, in der sie die Wirtschaft flächendeckend mit
214 regenerativer Energie versorgt. Sie ist den Kinderschuhen entwachsen und muss im nächsten
215 Jahrzehnt via **Sektorenkopplung** die Bereiche Verkehr, Industrie und Wärme erschließen.
216 Gleichzeitig müssen Unternehmen drastisch Energie einsparen und effizienter verwenden sowie
217 CO₂-lastige durch CO₂-neutrale Produktionsverfahren ersetzen.

218 Dabei können wir darauf bauen, dass technische und gesellschaftliche Entwicklungen nicht
219 linear verlaufen, und dass wir effizienter oder besser werden können in einem **Sprung aus**
dem

220 **Gewohnten heraus**. Und darauf, dass die Marktwirtschaft ihre volle innovative Kraft entfalten
221 kann, wenn wir die richtigen politischen Leitplanken setzen. **Märkte sind ein mächtiges**
222 **Instrument**, sie schaffen und zerstören in rasendem Tempo. Sie können verheerende Krisen
223 entzünden – Lehman Brothers lässt grüßen – und sie können gleichzeitig dafür sorgen, dass
224 binnen weniger Jahre das Smartphone auch in den entlegendsten Winkeln dieser Erde
Menschen
225 miteinander verbindet. Märkte können, wenn die Anreize richtig gesetzt sind, eine **grüne**
226 **Revolution** entfachen, die unsere Vorstellungskraft auf die Probe stellen wird. Damit dies
227 geschieht, muss der Staat durch **Ordnungspolitik, Preispolitik, Förder- und**

228 **Investitionspolitik** den Rahmen so zu setzen, dass der Weg zum klimaneutralen Verhalten in
229 einem sozial-ökologisch gerahmten Markt rechtlich verbindlich und ökonomisch lohnend ist.

230 Wir wollen weg von einem System, das nur kurzfristige Renditen belohnt und stattdessen
231 Instrumente einsetzen, die eine langfristige und gesellschaftliche verantwortliche
232 Unternehmenspolitik fördert.

233 **Ordnungsrecht bedeutet Planungssicherheit für die Unternehmen.** Also die verlässliche
234 Vorgabe, dass Autos, Flugzeuge, Maschinen oder Kraftwerke ab einem bestimmten Datum kein
235 Treibhausgas mehr ausstoßen dürfen. **Preispolitik schafft fairen Wettbewerb**, weil die
236 Klimabilanz von Produkten zum Teil des Preises wird. Klimaschädliches Wirtschaften wird
237 teurer, klimafreundliches Verhalten billiger. **Förder- und Investitionspolitik** gibt
238 Starthilfen für neue Produkte und Produktionsweisen und verhilft ihnen über die Schwelle zur
239 Wirtschaftlichkeit. Und sie schafft über den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur die Basis
240 für ökologische Wirtschafts- und Lebensweise.

241 Ein Klimaschutzgesetz macht die Vorgaben

242 Das **Klimaschutzgesetz** ist das ordnungspolitische Herzstück. Ein solches Gesetz legt für alle
243 Wirtschaftsbereiche (Sektoren) verbindliche CO₂-Minderungsziele und CO₂-Minderungspfade
244 ebenso wie die dafür notwendigen Maßnahmen fest. Es garantiert eine dichte Kontrolle, ob die
245 Maßnahmen wirken, und sieht empfindliche Sanktionen bei einer Verfehlung der Ziele vor.
246 Ergänzt wird ein solches Klimaschutzgesetz durch weitere ordnungsrechtliche Vorgaben. Zum
247 Beispiel wollen wir, dass ab **2030 nur noch emissionsfreie Autos** neu zugelassen werden
und

248 der Weg dorthin durch verbindliche Quoten für E-Autos bereitet wird. Auch der Umbau der
249 energieintensiven Unternehmen ließe sich über ansteigende Quoten zum Beispiel für
250 klimaneutralen Stahl in Autos oder auch Windrädern und Gebäuden nicht nur planungssicherer
251 gestalten, die Unternehmen hätten gerade mit Blick auf die weltweiten Überkapazitäten so
252 auch einen Wettbewerbsvorteil auf dem europäischen Markt.

253 CO₂ muss einen Preis bekommen

254 Ein **wirksamer CO₂-Preis** ist für uns der zweite Teil des nötigen Instrumentenmixes, den wir
255 zugleich klimapolitisch wirksam und sozial gerecht ausgestalten wollen. Nur so lassen sich
256 zügig ein stabiler, langfristig orientierter Investitionsrahmen schaffen und mit
257 marktwirtschaftlichen Mitteln Anreize zur Senkung des CO₂-Ausstoßes und für eine Umstellung
258 von Produktionsweisen sowie für „Efficiency First“ beim Umgang mit Ressourcen setzen. Nur so
259 lässt sich das Potenzial auf einer für alle Marktteilnehmer transparenten Basis für einen
260 fairen Wettbewerb schaffen. Der CO₂-Preis schafft Gerechtigkeit und steigert mittelfristig
261 auch die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt — denn Klimaschutz ist nicht nur notwendig,
262 sondern auch ein globaler Zukunftstrend.

263 Keine Steuermittel mehr für klimaschädliches Verhalten

264 Damit ökonomische Anreize ihr volles Potenzial entfalten können und zusätzliche finanzielle
265 Spielräume für Zukunftsinvestitionen entstehen, wollen wir **umwelt- und klimaschädliche**
266 **Subventionen konsequent abbauen.** Insgesamt betragen diese in Deutschland über 57
Milliarden

267 Euro. Staatliche Subventionen wie die Steuerbefreiung von Rohöl zur Plastikherstellung, dem
268 immer noch gewährten Beschaffungszuschuss für neue Ölheizungen oder die Nichtbesteuerung

von

269 Kerosin wollen wir endlich beenden.

270 Investitionen in CO₂-neutrale Industrieprozesse, insbesondere in den Bereichen
271 Metallproduktion (z.B. Stahl, Aluminium, Lithium), Chemie und Zement, lohnen meist erst bei
272 sehr hohen CO₂-Preisen, die das europäische Emissionshandelssystem derzeit noch nicht
273 abbildet. Damit sich solche Investitionen für Unternehmen schon heute rechnen, wollen wir
274 den Unternehmen die Differenz zwischen dem aktuellen CO₂-Preis und den tatsächlichen CO₂-
275 Vermeidungskosten erstatten, welche ihnen durch die Investitionen in neue Verfahren und
276 Technologien entstehen (Carbon Contract for Difference). Die Kosten dafür können über eine
277 Klima-Umlage refinanziert werden, die auf die Endprodukte aufgeschlagen wird und die für
278 heimische Produkte und Importe gleichermaßen gilt. So rechnen sich diese Investitionen
279 sofort und es werden kurzfristige Wettbewerbsnachteile gegenüber Regionen ohne eine
280 entsprechende CO₂-Bepreisung vermieden.

281 Förderpolitik gibt Starthilfe

282 Wir lassen die Unternehmen bei der ökologischen Transformation nicht allein und wollen sie
283 unterstützen. Für Investitionen in transformative, CO₂-neutrale Industrieprozesse in den
284 Bereichen Stahl, Chemie oder Zement wollen wir deshalb **bessere**

Abschreibungsmöglichkeiten

285 **schaffen und Leuchtturmprojekte CO₂-neutraler Verfahren und Prozesse gezielt fördern.** Die

286 Basis zur Entwicklung solcher Verfahren ist die entsprechende Forschung. Weiterhin richten
287 wir die öffentliche Beschaffung konsequent klimaverantwortlich aus und schaffen so
288 Leitmärkte, die innovativen Unternehmen die notwendige Sicherheit geben, dass ihre Produkte
289 auch einen Markt finden, auf dem sie starten können.

290 Um den ökologischen Umbau zu fördern und gleichzeitig den sich anbahnenden
291 Wirtschaftsabschwung zu bekämpfen werden wir die degressive Abschreibung (AfA) zeitlich
292 befristet wieder einführen.

293 Plurale Bildung und Forschung ermöglichen

294 Für ein Verständnis der Herausforderungen der Zukunft, wie z.B. die Klimakrise, und die
295 Entwicklung von Lösungen brauchen wir in Forschung und Bildung Methoden- sowie
296 Theorienvielfalt und kritisches Hinterfragen normativer Annahmen. Das bedeutet
297 beispielsweise in den Wirtschaftswissenschaften, dass so genannte heterodoxe Ansätze – also
298 z.B. feministische und ökologische Ansätze – deutlich stärker gelehrt und beforscht werden.

299 Wir setzen uns dafür ein, dass das bei der Konzeption und Vergabe von Forschungs- und
300 Förderprogrammen berücksichtigt wird. Mehr Forschung und Bildung zu
Postwachstumsökonomien

301 ist auch ein wichtiger Schlüssel für eine klimaneutrale Wirtschaft.

302 In die ökologische Infrastruktur investieren

303 Investitionen in Klimaschutz bedeutet vor allem: Auf- und Ausbau der Stromerzeugung aus
304 Erneuerbaren Energien und der dafür notwendigen Speicher und Stromnetze, Ausbau von
305 Bahninfrastruktur, von ÖPNV, Fahrrad- und Fußverkehrsinfrastruktur, aber auch Aufbau von
306 Ladeinfrastruktur für E-Mobilität sowie von Infrastruktur für erneuerbaren Wasserstoff.
307 Wärmenetze, energetische Gebäudesanierung und der Ersatz von Öl- und Gasheizungen

benötigen

308 Unterstützung. Auch stehen die Rettung unserer Wälder, die Erhöhung von Deichen und die
309 Schaffung von mehr Überflutungsflächen für Flüsse, der Umbau zu einer klima- und
310 tierschutzgerechten Landwirtschaft an.

311 Allein die Bahn braucht mindestens drei Milliarden Euro pro Jahr, um die notwendige
312 Verlagerung des Verkehrs von der Luft und der Straße auf die Schiene stemmen zu können. Für
313 den Aufbau eines elektrischen Ladesäulennetzes brauchen wir ein Investitionsprogramm in
Höhe

314 von 600 Millionen Euro. Unser Programm „Faire Wärme“, mit dem wir die energetische
315 Gebäudesanierung unterstützen wollen, umfasst 7 Milliarden Euro im Jahr. Dies sind nur drei
316 Beispiele. Insgesamt plädieren wir für **zusätzliche öffentliche Investitionen in Höhe von 30**

317 **Milliarden pro Jahr.**

318 Wettbewerbsfähigkeit sichern, Klimadumping verhindern

319 Neben den notwendigen Anreizen müssen wir bei Einführung von ordnungspolitischen
320 Klimamaßnahmen die europäische Industrie auch vor möglichen Nachteilen im internationalen
321 Wettbewerb mit Staaten ohne eine vergleichbare Klimaschutzpolitik schützen. Dies kann über
322 **Grenzausgleichsmaßnahmen** wie europäische **Klimazölle**, die auch auf Importe
aufgeschlagen

323 werden, oder über einen **Grundstoffausgleich**, der Recycling und weniger energieintensive
324 Werkstoffe belohnt, geschehen. Auch die Finanzierung der zusätzlich notwendigen
325 Investitionskosten für saubere Technologien könnte in Zukunft ein Weg sein, anstatt
326 weiterhin kostenlose Zertifikate im Emissionshandel auszugeben.

327 Divestment: Kapital aus fossilen in grüne Geschäftsfelder lenken

328 Mit einer breit angelegten **Divestmentstrategie** wollen wir dafür sorgen, dass Anlagekapital
329 zukünftig Klimaschutz statt Klimazerstörung finanziert. Öffentliche Banken und
330 Versicherungen sollen **Investitionen in die Dekarbonisierung der Wirtschaft** umlenken
und

331 umgehend aus klimaschädlichen Wirtschaftsproduktionen wie Kohle- oder Erdölindustrie
332 aussteigen. Damit auch Kleinanleger*innen von der grünen Finanzwende profitieren und ihr
333 Geld mit gutem Gewissen anlegen können, brauchen wir ein **EU-Label für nachhaltige**
334 **Finanzprodukte** mit starken ökologischen und sozialen Standards. Damit alle Anleger*innen
335 nachvollziehen können, ob Unternehmen ökologisch wirtschaften, werden wir entsprechende
336 Offenlegungspflichten einführen.

337 Neue Anlagerichtlinien für die öffentliche Hand, Fonds wie für die Beamt*innenpension oder
338 Rücklagen der Bundesanstalt für Arbeit sollen Nachhaltigkeits- und Klimaschutzkriterien
339 folgen. Der Bund kann dem Markt für nachhaltige Geldanlagen wichtige Impulse geben. Dafür
340 muss er seine Investitionen in Kohle-, Öl- und Gas-Konzerne, die Geschäfte auf Kosten des
341 Klimas machen, beenden.

342 Damit neben der Rendite auch die Klima- und Sozialverträglichkeit zur Grundlage von
343 Entscheidungen über Investitionen und Kreditvergaben gemacht werden, brauchen wir einen
344 verbindlichen **europäischen Standard für Nachhaltigkeit**, dessen Leitplanken die 17 UN-
Ziele

345 Nachhaltigkeit (SDGs) sind, anhand dessen auch sozial-, geschlechter-, klima- und

346 umweltschädliche Wirtschaftsbereiche klar benannt werden können. Auf dieser Grundlage
347 müssen

347 alle Finanzmarktakteure die Auswirkungen ihrer Investitionen offenlegen.

348 Klimarisiken, die in Konzern- und Bankbilanzen schlummern, sollten bei der Bewertung durch
349 Rating-Agenturen und die Finanzmarktaufsicht berücksichtigt werden, zum Beispiel durch
350 **Klima-Stresstests für Banken und Versicherungen** oder durch Aufschläge bei
351 Eigenkapitalanforderungen bei Finanzierungen, die hohe Klima und Umweltrisiken bergen.

352 **3. Verwerten statt Verschwenden: Kreislaufwirtschaft als übergeordneter Rahmen**

353 Die ökologische Wende kann nur gelingen, wenn wir nicht dauerhaft auf immer mehr Rohstoffe
354 angewiesen sind. So können Unternehmen Kosten in erheblichem Umfang einsparen und
355 außerdem

355 können hunderttausende neue Jobs entstehen. Im Bereich Elektromobilität beispielsweise gibt
356 es großes Potenzial, um durch Recycling der Lithium-Ionen-Batterien einerseits den
357 ökologischen Fußabdruck zu verkleinern, andererseits den Bedarf an Rohstoffen zu senken.
358 Dafür müsste nur die EU-Batterierichtlinie reformiert werden.

359 Unser Ziel ist der parallele **Aufbau einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft**. Diese
360 basiert auf in sich geschlossenen Stoffkreisläufen. Der Kreislauf beginnt bereits bei der
361 Produktgestaltung. Produkte müssen so designt werden, dass die jeweiligen Einzelteile auch
362 wieder voneinander getrennt und sinnvoll wiederverwertet werden können. Dafür wollen wir
363 verbindliche Vorgaben in der EU-Ökodesign-Richtlinie schaffen. Wir wollen Abfallvermeidung-
364 und verwertung durch einen Mix aus Anreizen und Vorgaben stärken: Wir wollen

Recyclingquoten

365 **einführen**, welche die tatsächlich im Kreislauf geführten Wertstoffe messen. Hersteller*innen
366 sollen zu einer festen **Einsatzquote für recycelte Rohstoffe** verpflichtet werden.

367 Die Rücknahme- und Verwertungspflicht bei Produkten wie Verpackungen, Elektro- und
368 Elektronikaltgeräten muss ausgeweitet und durch finanzielle Anreize gestärkt werden. Ein
369 solcher Anreiz ist die Weiterentwicklung der Lizenzentgelte für Verpackungen zu einer
370 **Ressourcenabgabe**, die gleichzeitig ökologische Verpackungen über einen Bonus fördert.
Auch

371 Rücknahmeprämien für einzelne Produktgruppen wie beispielsweise Mobiltelefone können ein
372 möglicher Weg sein. Unser Ziel ist, bis 2030 alle Kunststoffprodukte kosteneffizient zu
373 recyceln oder wiederzuverwenden. Schließlich wollen wir die Forschung für Recycling-Prozesse
374 und die Substitution von Rohstoffen intensivieren.

375 **4. Soziale Sicherung im ökologisch-sozialen Wandel neu denken**

376 Sowohl durch den notwendigen ökologischen Umbau der Wirtschaft als auch die Digitalisierung
377 werden viele neue Arbeitsplätze entstehen, auf der anderen Seite fallen aber auch viele
378 Arbeitsplätze weg. Neue Qualifikationen werden benötigt, es entstehen aber auch
379 Unsicherheiten. Die Arbeitswelt wird durch die Digitalisierung bunter und vielfältiger. Für
380 die soziale Sicherung bedeutet dieser Wandel der Arbeit und des Arbeitsmarktes, dass sie
381 universeller werden muss. Je diverser die Arbeitswelt wird, desto mehr brauchen wir eine
382 soziale Sicherung, die sich nicht am Erwerbsstatus orientiert, sondern alle Bürger*innen
383 absichert, unabhängig davon, ob sie Vollzeit oder Teilzeit, abhängig oder selbstständig oder
384 auch gar nicht erwerbstätig sind, zumal es immer mehr Wechsel zwischen diesen

385 unterschiedlichen Beschäftigungsformen und mehr Erwerbsunterbrechungen, freiwillige und
386 unfreiwillige, geben wird.

387 Wir wollen deswegen die Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung zu
388 Bürger*innenversicherungen weiterentwickeln, in die alle Bürger*innen auf alle
389 Einkommensarten einzahlen. Die Arbeitslosenversicherung sollte zu einer Arbeitsversicherung
390 für alle Erwerbstätigen, abhängig Beschäftigte wie Selbstständige, weiterentwickelt werden,
391 mit einem Recht auf Weiterbildung, das auch entsprechend sozial abgesichert sein muss, damit
392 sich insbesondere Menschen mit geringen Einkommen auch eine Weiterbildung leisten können.
393 Und wir wollen, dass in allen Lebenslagen das Existenzminimum garantiert wird. Deswegen
394 wollen wir eine Kindergrundsicherung einführen, eine Garantierente und eine
395 Garantiesicherung, mit der wir Hartz IV überwinden. Dabei geht es nicht nur um eine soziale
396 Abfederung der Veränderungen, sondern wir wollen die Menschen befähigen selbstbestimmt an
397 der Gesellschaft teilzuhaben und den ökologisch-sozialen Wandel kreativ und innovativ
398 mitgestalten zu können.

399 **5. Gute und selbstbestimmte Arbeit - wir gestalten den Wandel der Arbeitswelt**

400 Unsere Arbeitswelt wird sich in den kommenden Jahren vor allem durch die Digitalisierung
401 rasant und tiefgreifend verändern. Bekannte Tätigkeiten und Arbeitsplätze werden wegfallen
402 oder sich stark verändern, neue Arbeitsplätze und Berufe entstehen. Ob es in der Summe dann
403 vielerorts weniger Arbeitsplätze geben wird oder mehr, kann derzeit niemand verlässlich
404 vorhersagen. Klar ist jedoch, dass sich auch die Art, wie wir arbeiten werden, massiv
405 verändert. Unser Arbeiten wird flexibler, selbstorganisierter, auch kooperativer. Zugleich
406 erleben wir bereits heute neue Formen der Ausbeutung, Überforderung und Fremdbestimmung.

Ein

407 großes Problem bedeutet daneben der bereits heute spürbare massive **Fachkräftemangel** -
eine

408 Million Stellen sind unbesetzt. In den kommenden 15 Jahren wird die Zahl der Menschen im
409 erwerbsfähigen Alter ohne Einwanderung um sechs Millionen schrumpfen.

410 Für beide Entwicklungen - den Fachkräftemangel und die Veränderungen der Arbeitswelt - muss

411 sich die Bildungs- und Weiterbildungspolitik, die Arbeitsmarkt-, Einwanderungs- und
412 Integrationspolitik viel besser rüsten als bisher. Dies gilt auch für Selbstständige.

413 Zukunftsbildung ist der Schlüssel

414 Die Ausbildungsordnungen existierender Berufe müssen auf die Erfordernisse einer
415 nachhaltigen Gesellschaft hin überarbeitet werden (nachhaltige Berufsbilder). Das bedeutet
416 vor allem, dass Menschen die Möglichkeit haben müssen, sich weiterzubilden und neu zu
417 qualifizieren. Dafür brauchen sie Geld, Zeit und passende Angebote. Wir wollen einen
418 **Rechtsanspruch auf Weiterbildung** begründen. Das lebensbegleitende Lernen wird damit
Teil des

419 öffentlichen Bildungsauftrags. Die bisherige Arbeitslosenversicherung wird dazu zu einer
420 **Arbeitsversicherung** umgebaut. So, wie wir in den beiden vergangenen Jahrhunderten damit
421 begonnen haben, uns gegen Krankheit oder Arbeitslosigkeit abzusichern, sollten wir im 21.
422 Jahrhundert im Rahmen der Arbeitsversicherung eine Garantie auf Weiterbildung festschreiben.
423 Die Arbeitsversicherung sollte sowohl die Weiterbildungsberatung finanzieren als auch den
424 Lebensunterhalt in Weiterbildungsphasen absichern. Dazu gibt es während

425 arbeitsmarktbedingter Weiterbildungsphasen ein Weiterbildungsgeld, das höher ist als die
426 Absicherung bei Arbeitslosigkeit. Für alle, die keinen Anspruch auf Leistungen im Rahmen der
427 Arbeitsversicherung haben, schaffen wir ein Weiterbildungs-BAföG, damit kein Wunsch auf
428 berufliche Entwicklung am Geldbeutel scheitert.

429

430 Überall da, wo es vor Ort eine Arbeitsagentur gibt, wollen wir, dass zusätzlich
431 **Bildungsagenturen** geschaffen werden. Die Bildungsagenturen sind zentrale Anlaufstellen für
432 alle Menschen, die Interesse an Weiterbildung haben. Auch Arbeitgeber, insbesondere kleine
433 und mittlere Unternehmen, können sich in den Bildungsagenturen informieren, wenn sie
434 geeignete Weiterbildungsangebote für ihre Belegschaften oder Förderung suchen. Die
435 Bildungsagenturen sollen zum Herzstück von regionalen Bildungsnetzwerken werden, in denen
436 sich Arbeitsagenturen, Jobcenter, Volkshochschulen, Kammern, Berufs- und Hochschulen sowie
437 andere Weiterbildungsträger vernetzen, um flächendeckend und niedrigschwellig beste
438 Weiterbildung und Beratung anbieten zu können. Im Standardfall wird die Bildungsagentur von
439 der Bundesagentur für Arbeit organisiert. Kommunen sollen aber die Wahl haben, die
440 Organisation der Bildungsagentur selbst durchzuführen, insbesondere wenn es bereits starke
441 vor Ort gewachsene Kooperationsstrukturen gibt und wenn Qualitätsstandards eingehalten
442 werden. Auch die Möglichkeiten der Digitalisierung wollen wir für die Bildung weiter nutzen.
443 Dafür soll eine öffentliche und unabhängige digitale Plattform alle Fort- und
444 Weiterbildungsangebote bündeln. Das ermöglicht neue Zugänge für Menschen, die sich
445 weiterbilden wollen. Besondere Aufmerksamkeit widmen wir dabei Menschen, die besondere
446 Hindernisse überwinden müssen, um sich in die Arbeitswelt zu integrieren, etwa weil sie
447 nicht gut lesen und schreiben können.

448 Wir sehen es zudem als unsere Verantwortung, die Arbeitnehmer*innen insbesondere beim
449 ökologischen und digitalen Wandel mitzunehmen. Wir wollen dazu als eine wichtige Maßnahme
450 eine neue „**Qualifizierungs-Kurzarbeit**“ einführen, um so die Chancen der Beschäftigten und

451 der Betriebe im Strukturwandel vorausschauend zu verbessern. Die Phase der Kurzarbeit muss
452 konsequent für die Qualifizierung der Beschäftigten genutzt werden. Dabei wollen wir die
453 „Qualifizierungs-Kurzarbeit“ eng an die Sozialpartnerschaft koppeln und zwar durch
454 tarifliche Regelungen und Betriebsvereinbarungen. Denn Unternehmen, Gewerkschaften und
455 Betriebsräte können nur gemeinsam dem Strukturwandel die richtige Richtung geben.

456 Fachkräftemangel bekämpfen

457 Der Fachkräftemangel stellt für viele Unternehmen ein Problem dar. Wir wollen darauf
458 reagieren, indem wir nicht nur engagiert auf Qualifizierung und Weiterbildung setzen und die
459 Erwerbstätigkeit von Frauen weiter stärken. Gerade angesichts des demographischen Wandels
460 halten wir zusätzlich auch eine **ambitionierte Einwanderungspolitik** für dringend
notwendig.

461 Das Fachkräftezuwanderungsgesetz der großen Koalition erfüllt diesen Anspruch nicht. Wir
462 wollen es überarbeiten und entbürokratisieren. Deutschland braucht ein **echtes**
463 **Einwanderungsgesetz** mit einem transparenten Punktesystem und der Möglichkeit eines
464 Spurwechsels. Gleichzeitig setzen wir uns für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und
465 höhere Löhne in bislang zu schlecht bezahlten Berufen ein. Das sind immer noch insbesondere
466 die mit hohem Frauenanteil. Mit passgenauen Angeboten für Spracherwerb und Aus- und

467 Weiterbildung wollen wir insbesondere geflüchtete Frauen besser in den Arbeitsmarkt
468 integrieren.

469 Für eine gerechte Aufteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit

470 Nach wie vor gilt Sorgearbeit in unserer Gesellschaft vielfach noch als „Privatsache“ und
471 spiegelt sich in den üblichen Wohlstandsmessungen nicht wieder. Dabei ist diese
472 Arbeitsleistung essentiell für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft und eine
473 funktionierende Wirtschaft. Immer noch werden diese Aufgaben zum Großteil von Frauen
474 geleistet, sei es in der Pflege oder in der Kinderbetreuung. Mangelnde Vereinbarkeit von
475 Familie sowie Pflege und Beruf führt dabei häufig dazu, dass insbesondere die eigenständige
476 Absicherung von Frauen zu kurz kommt. Dies spiegelt sich in dem hohen Anteil von Frauen in
477 prekären Beschäftigungsverhältnissen und führt in der Konsequenz zu einem vielfach erhöhten
478 Altersarmutsrisiko.

479 Massive Investitionen in gute und verlässliche Kinderbetreuungs- und Bildungseinrichtungen
480 mit genügend Personal sind deshalb unerlässlich. Mit einer KinderZeit Plus wollen wir
481 außerdem Eltern zeitlich unterstützen und dazu beitragen, dass diese ihr Arbeitsvolumen in
482 der Erwerbsarbeit erhöhen können. Darüber hinaus wollen wir ein Gesetz für mehr
483 Zeitsouveränität für berufstätige Pflegende entwickeln und eine dreimonatige PflegeZeit Plus
484 pro zu pflegender Person einführen.

485 Neue Jobs

486 Wir haben große Engpässe dort, wo Menschen sich um Menschen kümmern: in der Pflege, der
487 Bildung, in der Kinder- und Altersbetreuung. Diese **Jobs in der Sorge-Arbeit** müssen
ausgebaut
488 werden und brauchen endlich die Anerkennung, auch finanziell, die ihnen gemessen an ihrer
489 gesellschaftlichen Relevanz zusteht. Diejenigen, die sich um andere Menschen kümmern, dürfen

490 nicht beim Mindestlohn landen oder Probleme haben, sich eine Wohnung zu leisten.

491 Die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung schätzt, dass mit stetigen
492 Investitionen in Nachhaltigkeit bis 2030 weltweit bis zu 170 Millionen neue Jobs geschaffen
493 werden können. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU)

494 geht davon aus, dass sich die Zahl der **Arbeitsplätze in der Erneuerbaren-Energien-
Branche** in

495 Deutschland allein in den nächsten zehn Jahren auf mindestens 500.000 verdoppelt. Im
496 gesamten **Bereich Umweltechnik und Ressourceneffizienz** sind bereits heute 1,5
Millionen

497 Menschen in Deutschland beschäftigt. Erwartet wird hier ein Anstieg von jährlich 6,7
498 Prozent. Für diese Zukunftsbranche brauchen wir also qualifizierte Maschinenbauer*innen,
499 Elektrotechniker*innen, Ingenieur*innen, Vertriebsmitarbeiter*innen, Bürokräfte – von der
500 Berufseinsteigerin bis zur erfahrenen Fachkraft.

501 Gute Arbeitsbedingungen

502 Gute Arbeitsbedingungen und eine faire Verteilung des Wohlstandes zwischen Arbeit und
503 Kapital auszuhandeln, ist zunächst Aufgabe der Sozialpartner. Wir wollen die kollektive
504 **Selbstorganisation und Mitbestimmung** wieder stärken und prekäre Erwerbstätigkeit

überwinden.

505 Bei der öffentlichen Vergabe sollen im Einklang mit europäischem Recht die Unternehmen zum
506 Zug kommen, die einem Tarifvertrag angehören bzw. Tariflöhne zahlen. Zudem wollen wir es
507 leichter machen, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären. Die Bildung von
508 Betriebsräten werden wir erleichtern, indem Initiator*innen einen besonderen Schutz erhalten
509 und die Verhinderung von betrieblicher Interessenvertretung als klare Straftat angesehen und
510 verfolgt wird.

511 Wir wollen die Wirtschaft demokratischer gestalten. Das betrifft sowohl die Entscheidungen,
512 was und wie produziert wird, als auch die Rechte von Arbeitnehmer*innen im Betrieb. Deshalb
513 werden wir die betriebliche Mitbestimmung ausbauen. Auf dem Weg dorthin wollen wir, dass die

514 Betriebsräte bei der Personalplanung stärker eingebunden werden und bei der Weiterbildung
515 und der Beschäftigungssicherung ein echtes Vorschlags- und Initiativrecht bekommen. Die
516 paritätische Mitbestimmung in Aufsichtsräten soll bereits ab einer Unternehmensgröße von
517 1.000 Beschäftigten voll greifen und die Mitbestimmungsrechte der
518 Arbeitnehmervertreter*innen bei strategischen Unternehmensentscheidungen im Aufsichtsrat
519 erweitert werden.

520 Der gesetzliche Mindestlohn war ein wichtiger Meilenstein für faire Arbeitsbedingungen. Wir
521 wollen **Ausnahmen beim Mindestlohn streichen**, die Kontrolle verbessern und zudem dafür
522 sorgen, dass er in Zukunft wirklich armutsfest ist. Deshalb wollen wir als Sofortmaßnahme
523 eine **Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro**, damit Vollzeitbeschäftigte von ihrer Arbeit
524 auch leben können. Wir wollen die Mindestlohnkommission reformieren und ihren
525 Entscheidungsspielraum stärken. Die Anpassung des Mindestlohns darf sich künftig nicht mehr
526 nur allein an der Tarifentwicklung orientieren. Wir wollen stattdessen gesetzlich verankern,
527 dass der Mindestlohn vor Armut schützen muss und damit deutlich über die Tarifentwicklung
528 hinaus steigen kann. Gleichzeitig sollen die Vertreter*innen der Wissenschaft in der
529 Mindestlohnkommission ein Stimmrecht erhalten.

530 **Leiharbeit** wollen wir stärker **regulieren**, für Leiharbeitskräfte soll ab dem ersten Tag die
531 gleiche Bezahlung wie für die Stammbeslegschaft gelten sowie eine zusätzliche
532 Flexibilitätsprämie. **Sachgrundlose Befristungen** wollen wir **abschaffen**. Wir fordern ein
533 wirksames **Entgeltgleichheitsgesetz** mit einem Verbandsklagerecht für gleichen Lohn für
534 gleiche und gleichwertige Arbeit. Unser Ziel ist es, **Minijobs in**
535 **sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umzuwandeln** und dafür zu sorgen, dass
536 die
537 Beiträge durch Steuern und Abgaben sowie soziale Leistungen so aufeinander abgestimmt
538 werden, dass sich Erwerbsarbeit immer rechnet. Dabei darf die Belastung mit Steuern und
539 Abgaben nicht sprunghaft steigen. Und wir streiten dafür, Berufe aufzuwerten, die heute noch
540 meist von Frauen ausgeübt werden, beispielsweise in der Erziehung, der Pflege oder im
541 Gesundheitssystem, und sie besser zu bezahlen. Wir wollen, dass **Arbeit auf Abruf** nicht mehr
542 möglich ist, wenn die Tätigkeiten mit normalen Arbeitsverhältnissen erledigt werden können,
543 etwa über die Nutzung von Arbeitszeitkonten.

543 Die Regulierung von Arbeit wollen wir an die **Herausforderung der Digitalisierung**
544 anpassen.

544 Dafür wollen wir die Abgrenzungskriterien zwischen abhängiger und selbstständiger
545 Beschäftigung eindeutiger und praxistauglicher regeln und den Arbeitnehmer*innen-Begriff neu

546 definieren. Ziel ist es, einerseits größere Planungssicherheit für Selbstständige
547 herzustellen und andererseits Scheinselbstständigkeit zu verhindern. Gleichzeitig ist es
548 notwendig, die nicht anderweitig abgesicherten Selbstständigen vor Altersarmut zu schützen.
549 Damit dies gelingt, wollen wir sie mit der Einführung einer Bürger*innenversicherung am
550 Solidarsystem der Rentenversicherung teilhaben lassen. Um sie dabei nicht finanziell zu
551 überfordern, sprechen wir uns für Flexibilität in der Beitragszahlung aus. Zudem werden wir
552 ausloten, in welchen Branchen und Bereichen der Selbstständigkeit gesetzliche
553 Schutzmechanismen, wie Mindesthonorare, Honorarordnungen und Umlageverfahren notwendig
sowie
554 praktisch möglich sind. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass bei der Auftragsvergabe
555 der öffentlichen Hand an Selbstständige die Prinzipien der Planungssicherheit, des
556 Mindesteinkommens und der sozialen Absicherung berücksichtigt werden.

557 Durch Digitalisierung entsteht ein großes Potenzial, **Arbeitszeit** weiter zu **verkürzen**, sie
558 mit anderen Lebensbereichen besser zu vereinbaren und Arbeit umzuverteilen, sowohl Erwerbs-

559 als auch Sorge-Arbeit. Dabei ist uns besonders wichtig, dass es auch zu einer gerechteren
560 Aufteilung von Erwerbs- und Sorge-Arbeit zwischen den Geschlechtern kommt. Durch die
561 Digitalisierung wird es auch einfacher für die Beschäftigten, von zu Hause oder mobil an
562 wechselnden Orten (Coworking Spaces etc.) zu arbeiten. Wir werden Regelungen für ein Recht
563 auf Home-Office und mobiles Arbeiten einführen, wobei wir berücksichtigen, dass es
564 Berufsbilder gibt, bei denen dies nicht umsetzbar ist.

565 Home-Office und die Möglichkeit, mobil zu arbeiten, kann zur besseren Vereinbarkeit von
566 Familie und Beruf beitragen. Beides darf aber nicht dazu führen, dass Karrierechancen
567 beeinträchtigt werden oder dass es zu einer Abkopplung vom Rest der Belegschaft, sowie von
568 betrieblichen Abläufen oder Weiterbildungsmaßnahmen kommt. Arbeitnehmer im Home-Office,
569 unterwegs oder an wechselnden Arbeitsorten (Coworking Spaces etc.) müssen in Bezug auf den

570 Arbeitsschutz genauso geschützt sein wie bei der Arbeit an einem ständigen Betriebsitz. Es
571 darf keinen Zwang zum Home-Office oder mobilem Arbeiten geben. Wenn Arbeit besser ins
Leben
572 passt, sind die Beschäftigten produktiver, weniger gestresst und engagierter. Auch der
573 wachsende Fachkräftebedarf kann so besser bewältigt werden.

574 Gleichzeitig nimmt uns die Automatisierung und Robotisierung monotone und repetitive
575 Aufgaben ab. Dies begrüßen wir als Chance auf Verringerung von menschlicher Arbeit. Dies
576 darf jedoch nicht zu einer weiteren Zunahme der Ungleichheit führen. Wir wollen politisch
577 sicherstellen, dass die Wohlstandsgewinne durch die Digitalisierung gerecht verteilt werden.

578 Wir brauchen nicht noch mehr Verfügbarkeit von Arbeitnehmer*innen rund um die Uhr. Zum
579 Schutz der Gesundheit braucht es auch im digitalen Zeitalter eine Grenze für die tägliche
580 Höchstarbeitszeit sowie ausreichende Ruhezeiten ohne Unterbrechung, wie es im Rahmen des
581 Arbeitszeitgesetzes vorgesehen ist. Wir wollen die Chancen der Digitalisierung nutzen und
582 mehr Zeitsouveränität für die Beschäftigten schaffen und fordern eine **Wahlarbeitszeit**
583 **zwischen 30 und 40** Wochenstunden, denn so können auch 30-Stunden-Stellen als
Vollzeitstellen
584 anerkannt werden. Damit wird die Vollzeit neu definiert und zu einem Arbeitszeitkorridor
585 umgestaltet und Arbeit gerechter verteilt. Auch bei flexiblen Arbeitszeiten ist darauf zu

586 achten, dass jede getätigte Stunde der Arbeitskraft dem Arbeitszeitkonto gutgeschrieben
587 wird. Dies gilt auch für Überstunden. Gleichzeitig ist für uns klar, dass jeder Mensch ein
588 würdevolles Leben verdient hat, weshalb wir Existenzsicherung und Lohnarbeit in Zukunft
589 stärker entkoppeln wollen.

590 Ein Rückkehrrecht von Teilzeit-Beschäftigten auf ihre vorherige Stundenzahl ist notwendig,
591 damit sie beruflich wieder voll durchstarten können. Die von der großen Koalition
592 eingeführte Brückenteilzeit nur für große Betriebe genügt diesen Anforderungen bei weitem
593 nicht. Der überwiegende Teil der Beschäftigten (insbesondere Frauen) wird aufgrund der
594 Einschränkungen das Recht auf Rückkehr in Vollzeit nicht in Anspruch nehmen können. In
595 vielen Unternehmen herrscht eine nach wie vor ausgeprägte Präsenzkultur, bei der lange
596 Anwesenheit am Arbeitsplatz als besonderes Leistungskriterium gilt. Wir wollen, dass sich
597 Unternehmen in eine andere Richtung entwickeln: So ist es gerade für Menschen, die sich um
598 Kinder oder Angehörige kümmern, eine große Erleichterung, wenn Meetings im Zeitraum von
ca.
599 9 bis 15 Uhr stattfinden.

600 Ebenso ist es gerade für Eltern wichtig, dass Modelle wie Job-Sharing und Führung in
601 Teilzeit möglich sind. Damit eben nicht immer nur die Personen befördert werden, die rund um
602 die Uhr verfügbar sind, und gleichzeitig diejenigen, die Sorge-Arbeit leisten, immer noch
603 vor allem Frauen, in der Einmal-Teilzeit-immer-Teilzeit-Falle landen. Wir wollen in einem
604 ersten Schritt mit Anreizen dafür sorgen, dass Unternehmen sich hier weiter entwickeln, und
605 auch die Spielräume bei öffentlichen Auftragsvergaben nutzen, um solche Unternehmen zu
606 fördern.

607 Wir wollen außerdem, dass die Hälfte der Plätze in den Führungspositionen von Unternehmen
608 mit Frauen besetzt werden. Deshalb braucht es **verbindliche Frauenquoten für
Aufsichtsräte**

609 und vergleichbare Regelungen auch für Vorstände. Für Aufsichtsräte fordern wir eine 40-
610 Prozent-Quote für alle 3.500 börsennotierten oder mitbestimmten Unternehmen und
611 Sanktionsmöglichkeiten, wenn diese nicht eingehalten wird. Denn die Quote ist keine
612 Belastung für die Wirtschaft, sondern eine Chance wirklich die besten Köpfe in
613 Führungspositionen zu bekommen. Durch die Digitalisierung wird es auch einfacher für die
614 Beschäftigten, von zu Hause zu arbeiten. Wir werden deswegen ein Recht auf Home-Office
615 einführen.

616 Beschäftigte am Wohlstand beteiligen

617 Eine verbesserte **Mitarbeiter*innenbeteiligung an Unternehmen** kann sowohl dem
618 Fachkräftemangel als auch einer ungleichen Vermögensentwicklung entgegenwirken. Sie ist ein
619 Weg, um die Bevölkerung besser am gesellschaftlichen Produktivvermögen zu beteiligen.
620 Bisher sind wir im europäischen Vergleich jedoch Schlusslicht bei der
621 Mitarbeiter*innenbeteiligung. Wir wollen daher den steuerlichen Freibetrag für die
622 Überlassung von Mitarbeiter*innenbeteiligungen deutlich anheben. Außerdem wollen wir eine
623 Plattform schaffen, um Beispiele von erfolgreichen Beteiligungsmodellen besser zugänglich zu
624 machen und interessierten Unternehmen mehr Informationen bereit zu stellen.

625 Vielfalt als Wettbewerbsvorteil

626 Die Wertschätzung von **Vielfalt am Arbeitsplatz** verbessert die individuelle Teilhabe im Beruf
627 und fördert die Chancen- und Leistungsgerechtigkeit. Zur Vielfalt am Arbeitsplatz gehören

628 alle Facetten: Die Vielfalt der Geschlechter, der sexuellen Orientierung und geschlechtliche
629 Identität, die Inklusion von Menschen mit Behinderungen, die Vielfalt der Kulturen,
630 Religionen und der sozialen Herkunft. Unternehmen mit einer vielfältigen Belegschaft sind in
631 der Regel **produktiver, kreativer und damit auch ökonomisch erfolgreicher**.

632 Wir setzen uns dafür ein, dass die Anstrengungen privater und öffentlicher Arbeitgeber*innen
633 verstärkt und besser koordiniert werden. Für den Privatsektor wollen wir dies durch
634 Erfahrungsaustausch und Information stärken, moderiert und gefördert durch das
635 Bundeswirtschafts- und Bundesarbeitsministerium. Wir werben dafür, dass sich noch mehr
636 Firmen und öffentliche Stellen der **Charta der Vielfalt** anschließen. Im 21. Jahrhundert
637 erwarten wir von modernen und innovativen Unternehmen auch einen modernen und
638 professionellen Umgang mit Diversität: durch **Diversitäts- und Gleichstellungsstrategien**,
639 durch diversitätsorientierte Fortbildungsangebote, insbesondere auch für Führungskräfte,
640 sowie durch klare Beschwerde- und Interventionsstrukturen bei Diskriminierung und
641 sexualisierter Gewalt. Der öffentliche Dienst und öffentliche Unternehmen müssen mit gutem
642 Beispiel vorangehen. Dazu braucht es inklusive, faire und **diskriminierungssensible**
643 **Bewerbungs- und Auswahlverfahren**. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass anonymisierte
644 Bewerbungsverfahren im öffentlichen Dienst und bei den staatlichen Unternehmen
645 grundsätzlich
646 angewandt werden. Sie führen zu mehr Chancengerechtigkeit und senken die Bürokratiekosten.

646 Das Diskriminierungsverbot muss auch für Beschäftigte von Unternehmen gelten, die im
647 Eigentum von Religionsgemeinschaften stehen. Außerdienstliches Verhalten von Beschäftigten
648 einer Kirche, Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft, z.B. Wiederverheirateten und
649 LSBT*|*Q-Menschen, deren Tätigkeit nicht den Bereich der Verkündung umfasst, darf keine
650 arbeitsrechtlichen Auswirkungen, wie etwa eine Kündigung, zur Folge haben. Wir wollen
651 deshalb die Ausnahmen für die Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften enger fassen
652 und
653 damit den individuellen Rechten deutlich mehr Geltung verschaffen.

653 **6. Eine neue Gründerzeit ermöglichen**

654 Viele **kleine und mittelständische Unternehmen (KMU)** treiben den ökologischen Wandel
655 voran
656 und schreiben schon heute mit grünen Ideen schwarze Zahlen. Sie schaffen neue Arbeitsplätze,
657 die auch morgen noch bestehen. Wir wollen sie mit einem steuerlichen Forschungsbonus
658 unterstützen, die Chancen von ressourcensparenden und emissionsarmen Produkten und
659 Verfahren
660 zu nutzen und sie mit einfacheren Abschreibungsregeln, Vereinfachungen bei der Umsatzsteuer
661 und guten Bedingungen für Mitarbeiterbeteiligungen entlasten. In Strukturwandelregionen
662 wollen wir die **regionale Wirtschaftsförderung stärken**, damit es lokal ansässigen
663 Unternehmen
664 schnell gelingt, den neuen Marktanforderungen gerecht zu werden. Gerade die kleinen und
665 mittleren Unternehmen im **Handwerk** sind unverzichtbar. Sie realisieren die Energiewende,
666 sorgen für fachgerechte Wärmedämmung und sind regionaler Partner für die Landwirtschaft.
667 Damit Handwerksberufe wieder attraktiver werden setzen wir auf eine stärkere Tarifbindung
668 und branchenspezifische Mindestvergütungen. Die Handwerksbetriebe sollen bei der Ausbildung
669 und Gewinnung von Auszubildenden stärker beraten, unterstützt und begleitet werden. Durch

667 einen **Rechtsanspruch auf einen schnellen Breitband-Internetanschluss** sorgen wir
668 dafür, dass
669 das Handwerk auch im ländlichen Raum online ist.

669 Gründer*innen fördern

670 Wir brauchen eine neue Gründer*innenwelle. Keine gute Idee darf an zu wenig Eigenkapital
671 scheitern. Wir fordern daher eine schnelle Einführung des unbürokratischen
672 Gründungskapitals, welches Gründer*innen einen Einmalbetrag bis maximal 25.000 Euro
673 sicherstellt, unter der Voraussetzung einer Wirtschaftlichkeitsprüfung. Das Gründungskapital
674 wird als zinsloses staatliches Darlehen ausbezahlt. Die Rückzahlung erfolgt flexibel und
675 orientiert sich am jeweiligen Unternehmensgewinn. Die Kriterien für das Exist-
676 Gründungsstipendium wollen wir aktualisieren und Diversität der Gründungsteams sowie
677 ökologische und gemeinwohlorientierte Innovationen besser berücksichtigen.

678 Frauen sind erfolgreiche Gründerinnen, bei Gründungen von Unternehmen jedoch
679 unterrepräsentiert. Nur 15 Prozent der Startups in Deutschland werden laut Female Founder
680 Monitor von Frauen gegründet. Bei einer solch niedrigen Quote entgeht Deutschland ein großes
681 Potenzial an innovativen Unternehmen. Öffentliche Fördergelder erreichen in der Regel eher
682 männliche als weibliche Gründer*innen, weshalb wir die Diversität des Gründungsteams zu
683 einem Evaluationskriterium für die Vergabe von öffentlichen Fördermitteln machen wollen **Wir**
684 **schlagen zudem vor, einen staatlich geförderten Wagniskapitalfonds zu schaffen, der**
685 **sich nur**
686 **an Gründerinnen richtet.** Irland hat mit diesem Modell gute Erfahrungen gemacht. Nach
687 einem
688 Zeitraum von fünf Jahren sollte überprüft werden, ob der Fonds einen nachhaltigen Effekt
689 hatte. Daneben sollten maßgeschneiderte Qualifizierungs- und Coachingmaßnahmen für
690 Frauen,
691 die eine Gründung, Weiterentwicklung oder Übernahme kleiner Unternehmen anstreben
692 finanziell
693 unterstützt werden, genauso wie Netzwerkorganisationen. Solche Plattformen können dazu
694 dienen, voneinander zu lernen, gemeinsam neue Geschäftsideen oder auch Interessen zu
695 entwickeln und umzusetzen.

692 Jede*r fünfte Gründer*in hat eine Einwanderungsgeschichte. Die migrantische Ökonomie ist zu
693 einem wichtigen Wirtschaftsfaktor geworden. Deutschlandweit machen von Menschen mit
694 Migrationsgeschichte geführte Betriebe heute rund 20 Prozent aller Unternehmen aus. In
695 einigen Regionen des Landes liegt die Zahl deutlich höher. Damit leisten sie einen
696 entscheidenden Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung. Wir wollen, dass die Hürden bei
697 allen Instrumenten der Unternehmens- und Gründungsförderung für Menschen mit
698 Migrationshintergrund abgebaut werden. Förderung darf nicht vom Pass oder dem persönlichen
699 Hintergrund abhängen, Informationen müssen in verschiedenen Sprachen angeboten werden
700 und
701 wir wollen ein zugeschnittenes Beratungsangebot für die migrantische Ökonomie schaffen.

701 Der Staat ist durch die öffentliche Beschaffung von Produkten und Dienstleistungen ein
702 wichtiger Impulsgeber für die Wirtschaft. Die öffentliche Hand kann durch die
703 Auftragsvergabe eine aktive Vorbild- und Lenkungsfunktion erfüllen, eine nachhaltige
704 Wirtschaftsweise stärken und Innovationen fördern. Wir wollen, dass Vergabeverfahren so
705 gestalten werden, **dass der Bund im Rahmen seiner öffentlichen Auftragsvergabe und**

706 **Ausschreibungen Startups und jüngere Unternehmen, neue Technologien und innovative**

707 **Geschäftsmodelle stärker berücksichtigt.** Dafür müssen Vergabeverfahren verschlankt und

708 schneller angelegt werden einschließlich zeitnaher Begleichung der Verbindlichkeiten

709 öffentlicher Auftraggeber und zügiger Entscheidungsverfahren, damit auch Startups mit

710 vergleichsweise kurzen Planungshorizonten sich gegenüber etablierten Unternehmen durchsetzen

711 können. Vergabelose sollten KMU-freundlich ausgeschrieben werden.

712 Wir fordern **Startup-Zentren** ähnlich der französischen Station F, die Gründer*innen den

713 notwendigen Arbeitsraum zur Verfügung stellen. Wir fordern zwei Jahre Befreiung von nicht

714 unbedingt nötigen Melde- und Berichtspflichten und wollen die Gründungsberatung und -

715 förderung aus einer Hand in „One-Stop-Shops“ ermöglichen, damit Gründer*innen Zeit zum

716 Gründen haben. Ausgründungen aus Hochschulen und Kooperationen von Gründer*innen und

717 Hochschulen sollen durch bessere Beratung und Betreuung gefördert werden. Die heutige

718 Gründungsförderung ist stark auf technologieorientierte Startups zugeschnitten. Wir wollen

719 die bestehenden Förderinstrumente neutraler ausgestalten und damit stärker als bisher zum

720 Beispiel sozial orientierte Unternehmen oder die Kreativwirtschaft fördern.

721 Wir wollen die freiwillige **Arbeitslosenversicherung** weitgehend **für Selbständige öffnen** und

722 erreichen, dass anderweitig nicht abgesicherte Selbständige in die gesetzliche

723 Rentenversicherung einbezogen werden. Und wir brauchen in Deutschland auch eine Kultur des

724 Scheiterns. Das Insolvenzrecht muss so gestaltet sein, dass es schneller Neuanfänge

725 ermöglicht.

726 Für die erfolversprechendsten Startups wollen wir einen **Europäischen Startup-Pass**

727 einführen. Dieser soll ihnen die Möglichkeit geben, an allen europäischen Startup-

728 Förderprogrammen teilzunehmen und Unterstützung durch Inkubatoren zu erhalten. Sie sollen

729 außerdem breite Unterstützung durch Informationen und Beratung zur Rechtslage und zu

730 Patenten bis hin zu vereinfachten Visa für ausländische Mitarbeiter*innen des Startups

731 bekommen. Ausländischen Startups sollen neben einem Europäisches Startup-Visum auch Beratung

732 und finanzielle Unterstützung angeboten werden, damit sie sich in Europa ansiedeln.

733 Verwaltung effizienter und kooperativer gestalten

734 Zugleich kann die öffentliche Verwaltung innovativer und kooperativer werden. Wir fordern

735 daher ein **deutsches GovTech-Programm** nach dänischem Vorbild. Unser Ziel ist die vollständige

736 elektronische Abwicklung in der Verwaltung. Das spart Unternehmen, Bürger*innen und der

737 Verwaltung viel Zeit und Geld.

738 Wir wollen Regulierungen konsequent am Schutz ökologischer und sozialer Schutzziele

739 ausrichten. Insbesondere kleinere Unternehmen und den Mittelstand wollen wir gezielt von

740 unnötiger Regulierung entlasten. Für die Gründungsphase eines Unternehmens wollen wir

741 bestimmte Regulierungen ganz aussetzen. **Genehmigungsverfahren** wollen wir **beschleunigen**.

742 Entscheidend hierfür ist es, Beteiligungsverfahren bereits in frühen Planungsphasen

743 vorzusehen und die Behörden mit ausreichenden Ressourcen (z.B. Personal) für eine zügige
744 Planung auszustatten.

745 Wagnisse ermöglichen

746 Wir müssen nicht nur technologisch exzellent sein, sondern bahnbrechende Technologien auch
747 in neue Geschäftsmodelle, Märkte, Dienstleistungen und Produkte umwandeln können.
748 Fördermöglichkeiten und Netzwerke für Startups und junge Unternehmen können den
Unterschied
749 zwischen einer guten Idee auf dem Flipchart und einem weltweit erfolgreichen Unternehmen
750 ausmachen.

751 **Startup-Förderung** braucht Anschubfinanzierung und eine starke Finanzierung in der
752 Wachstumsphase. Wir wollen mit einem **öffentlichen Zukunftsfonds** eine Investitionswelle
im
753 Venture Capital Markt auslösen. Dieser Fonds soll als eine Art stille Teilhaber*in jungen
754 und wachsenden Startups das nötige Eigenkapital bereitstellen. Das verhindert, dass unsere
755 Startups auf ausländische Geldgeber angewiesen sind, aufgekauft werden und das
756 technologische Know-how ins Ausland fließt. Wir wollen den Unternehmen Fördermittel
757 möglichst in Form von Eigenkapital zur Verfügung stellen. Wenn Startups später einmal
758 verkauft werden sollten, führt dies dazu, dass die Fördermittel vom Käufer bezahlt werden.

759 Der Fonds soll mit Eigenkapital ausgestattet werden und sich dann weiteres Kapital günstig
760 am Finanzmarkt leihen. Seine Gewinne sollen vollständig das eigene Kapital weiter
761 aufstocken. Der Zukunftsfonds soll politisch unabhängig gemanagt werden. Unser unabhängig
762 verwalteter Bürger*innenfonds für eine stabile und rentable Anlagemöglichkeit soll in den
763 Zukunftsfonds investieren können und auch andere Investitionen im Venture-Capital-Bereich
764 finanzieren können. Über die Trennung von Zukunftsfonds und Bürger*innenfonds verhindern
wir
765 problematische Interessenskonflikte zwischen industriepolitischen Zielen und dem
766 Bürger*innenfonds.

767 Auch Crowdfunding kann - vor allem wenn reward-basiert - neue Finanzierungsquellen für junge
768 Unternehmen erschließen. Wir wollen dafür sorgen, dass öffentliche Förderungen von
769 Gründungen und von Forschung mit Crowdfunding kombiniert werden können.

770 Gute Bedingungen für gute Ideen schafft auch der europäische Binnenmarkt mit über 500
771 Millionen Menschen, die sich daran beteiligen. Der Wagniskapitalmarkt der EU ist derzeit in
772 viele kleine nationale Märkte zersplittert. Wir wollen die nationalen Förderinstrumente
773 koordinieren und abstimmen. Wir wollen insbesondere europäische Wagniskapitalfonds
aufbauen,
774 die schwerpunktmäßig Innovationen in strategischen Bereichen finanzieren, bspw.
775 Ressourceneffizienz, IT-Sicherheit oder Verwaltungsmodernisierung (Govtech). Die Strukturen
776 sollen so aufgebaut sein, dass nicht sofort alle Mitgliedstaaten sich beteiligen müssen,
777 sondern auch schon einzelne sich für solche Wagniskapitalfonds zusammenschließen können.

778 Dabei wollen wir auch Anreize schaffen, um neben dem ökologischen Potenzial der
779 Digitalisierung auch dessen soziales Potenzial zu heben. Startups und digitale Ökosysteme
780 können uns helfen, durch neue Technologien und Geschäftsmodelle umweltpolitische und

781 sozialpolitische Ziele zu erreichen. Wir GRÜNE wollen technischen Fortschritt, der sich an
782 dessen ökologischen und sozialen Effekten (SDGs) messen lässt.

783 **7. Digital von der Null zur Eins werden**

784 Die Digitalisierung birgt ungeheure Potentiale für mehr Ressourceneffizienz sowie die
785 Minimierung von Transportwegen und Lagerung durch den Aufbau dezentraler Strukturen der
786 Produktion und Versorgung. Entscheidend dafür sind auch die globale Vernetzung und der freie
787 Austausch von Produktionswissen zur Herstellung wohlfahrtssteigernder Produkte und Dienste.
788 Diesen Wissensaustausch wollen wir gezielt befördern.

789 Gleichzeitig stellt uns die Digitalisierung durch den zu erwartenden hohen Verbrauch von
790 Energie und seltener Ressourcen vor gewaltige Herausforderungen. Ohne grundlegende
Eingriffe

791 in das derzeitige Produktionsmuster wird die Digitalisierung den Raubbau an Natur und
792 Gesellschaft intensivieren – Extraktivismus on speed!

793 Die digitale Transformation muss daher sozial-ökologisch ausgestaltet werden. Hierfür muss
794 der Einfluss multinationaler Oligopole zugunsten von Selbstbestimmung und lokalem
795 Unternehmer*innentum eingeschränkt werden. Noch nicht industrialisierte Länder wollen wir
796 dabei unterstützen, die Möglichkeiten der Digitalisierung zu nutzen, um die Frühphase der
797 Industrialisierung möglichst zu überspringen.

798 Wir setzen uns für eine Politik der **technologischen Souveränität Europas** ein und plädieren
799 für eine starke europäische Digitalinfrastruktur. Anstatt sich zum Beispiel bei Cloud-
800 Diensten zwischen Amazon oder Alibaba entscheiden zu müssen, wollen wir eine eigene
801 europäische Cloud-Infrastruktur aufbauen. Diese soll unseren Unternehmen eine effiziente und
802 sichere Alternative zu den amerikanischen und chinesischen Anbietern sein.

803 Dabei setzen wir unsere Priorität auf die **Stärkung der europäischen Halbleiterindustrie** -
804 eine technologische Schlüsselbranche. Wir intensivieren die Zusammenarbeit im Bereich
805 Forschung und Entwicklung auf europäischer Ebene und stärken die Cluster nachhaltig. Ein
806 besonderes Augenmerk muss auch auf die Ressourcenwiederverwendung gelegt werden. In
807 Ostdeutschland haben wir einen der größten Standorte für die Halbleiterproduktion in Europa.
808 Wir wollen auf dieser Stärke aufbauen, indem wir die Forschung und Entwicklung von
809 ultraeffizienten Chips fördern und den Mikroelektronik-Cluster in Dresden stärken.

810 Vielfalt und Offenheit statt digitaler Monopole

811 Die Digitalisierung hat datenbasierte Plattform-Geschäftsmodelle hervorgebracht, die eine
812 Tendenz zum Monopol aufweisen. So erfordern es Wettbewerb und moderner
Verbraucherschutz,

813 dass die **Grundsätze der Interoperabilität** – wie wir sie aus dem Mobilfunk kennen – auch
bei

814 online-gestützten Angeboten gelten. Was heute bei Telefon, SMS und Mail selbstverständlich
815 ist, muss zum Beispiel auch bei Messenger-Diensten oder sozialen Netzwerken gewährleistet
816 werden, nämlich unkompliziert zwischen Anbietern und Plattformen kommunizieren und
wechseln

817 zu können.

818 Auch digitale Großkonzerne müssen sich an das europäische Ordnungsrecht halten. Deshalb
819 setzen wir uns für eine **faire Besteuerung digitaler Großkonzerne** ein, die bisher von der
820 Bundesregierung verhindert wird.

821 Infrastrukturen sind eine öffentliche Aufgabe. Dieses Prinzip, das bei Stromnetzen oder
822 Straßen selbstverständlich ist, muss im digitalen Bereich neu ausgehandelt werden. Wenn
823 beispielsweise
824 Google seine dominierende Stellung bei Handy-Betriebssystemen oder Amazon seine beim
Verkauf
825 über den Marketplace ausnutzt, müssen wir dem einen Riegel vorschieben. Den **lokalen**
826 **Einzelhandel** werden wir vor unfairem Dumpingwettbewerb von Amazon und Co. **schützen**.
Ziel ist
827 es, **privatisierte Marktplätze wieder öffentlich zugänglich zu machen**. Außerdem werden
wir
828 die Gebühren für Plattformen mit weitreichender Marktmacht regulieren, damit die Gewinne von
829 kleinen Unternehmen nicht von den Plattformbetreibern abgeschöpft werden können.

830 Google und Facebook dominieren mittlerweile den Markt für Onlinewerbung. Kaum ein
831 Unternehmen kann es sich noch leisten, nicht über sie online für die eigenen Produkte zu
832 werben. Ein solches Oligopol muss reguliert werden. Wir wollen in Europa eine **gesetzliche**
833 **Grundlage für Onlinewerbung** schaffen.

834 Standards für die datengetriebene Wirtschaft

835 Wir wollen einen einheitlichen europäischen Rechtsrahmen für datengetriebene
836 Geschäftsmodelle schaffen. Daten sind Schlüsselressource der digitalen Welt, insbesondere
837 für Technologien wie die künstliche Intelligenz. Diese Ressourcen wollen wir heben und wir
838 plädieren für eine anonymisierte Bereitstellung öffentlicher Daten, damit dadurch neue
839 Innovationen und Geschäftsmodelle entstehen. **Open-Data ist die Grundvoraussetzung**,
damit
840 Startups, Unternehmen und Forschungseinrichtungen, aber auch Zivilgesellschaft diesen
841 Datenschatz für die Entwicklung innovativer Technologien und Bereitstellung öffentlicher
842 Dienstleistungen nutzen können. Der Bundesregierung kommt dabei eine Führungsrolle zu, die
843 sie bisher nicht wahrnimmt. Sie muss Beispiel geben und bei Innovationen und neuen
844 technologischen Lösungen im Bereich des öffentlichen Sektors vorangehen.

845 Dabei müssen wir aber auch sicherstellen, dass anonyme Daten nicht nachträglich durch die
846 Verknüpfung mit anderen Informationen einzelnen Personen zugeordnet werden können.
Solange
847 dies nicht gewährleistet werden kann, darf es keine weiteren Pflichten zum Datenaustausch
848 geben. Keinesfalls dürfen deanonymisierte Daten zur Grundlage von Geschäftsmodellen oder
849 staatlichen Prognosen werden, weil dies tief in die Grundrechte der Menschen eingreift.
850 Dafür wollen wir mehr Forschung und Standardsetzung zu Anonymisierung von Daten und zur
851 Nutzung synthetischer Daten sowie klare Regelungen gegen Deanonymisierung, die auch
852 strafbewehrter Verbote einschließen.

853 Gerade im industriellen Bereich braucht es neue Ansätze, um eine kooperative Nutzung nicht
854 personenbezogener oder nicht-personenbeziehbarer Daten zum Beispiel aus Entwicklungs- und
855 Fertigungsprozessen vor allem im Sinne Kleiner und Mittelständischer Unternehmen

856 rechtssicher zu gestalten. Dies kann über die Schaffung von klaren gesetzlichen Vorgaben für
857 kooperative und dezentrale Datenpools und Datentreuhandmodelle geschehen, die
treuhänderisch
858 nach klaren gesetzlichen Vorgaben organisiert, eine gemeinsame und durch Kartellbehörden
859 überprüfbare Nutzung dieser Daten ermöglichen. Entsprechende Ausgestaltungsmöglichkeiten
für
860 Treuhandmodelle oder auch Ansätze für Datenspenden, zum Beispiel von Einzelpersonen,
wollen
861 wir möglichst zeitnah gemeinsam mit den relevanten Akteuren erarbeiten und erste
862 Modellprojekte anstoßen.

863 Der Realität globaler Datenmonopole weniger Konzerne und der ausufernden digitalen
864 Überwachung und Auswertung der Daten durch staatliche Stellen wollen wir mit einem
865 engmaschigen Datenschutz und internationaler Regulierung begegnen. So, wie wir mit der
866 Datenschutzgrundverordnung unseren europäischen Rechtsrahmen in der digitalen Welt stärken

867 konnten, an die sich andere halten müssen, wollen wir auch ethische, gesellschaftliche und
868 sicherheitspolitische **Grundregeln für intelligente Maschinen und algorithmische**
869 **Entscheidungssysteme** auf EU-Ebene etablieren. Dazu gehören Regeln bezüglich der
Haftung,
870 Transparenz, Nicht-Diskriminierung und Überprüfbarkeit algorithmischer Entscheidungen sowie
871 essentielle IT-Sicherheitsstandards.

872 IT für grüne Ziele nutzen

873 Wir wollen die Digitalisierung nutzen, um Ökonomie und Ökologie weiter zusammenzuführen.
Die
874 Digitalisierung schafft enorme Chancen für Ökoeffizienz und Kreislaufwirtschaft. Dafür
875 wollen wir ein EU-Förderprogramm, das sich exklusiv dem **ökologischen Potenzial der**
876 **Digitalisierung** widmet und die Ökoeffizienz in Unternehmen fördert. Die Digitalisierung kann
877 zum ökologischen Umbau unserer Gesellschaft beitragen. Wenn wir nicht handeln, besteht aber
878 das Risiko, dass die Digitalisierung zum Treiber von Klimakrise und Umweltzerstörung wird.
879 Derzeit werden wertvolle Rohstoffe zunehmend für die Digitalisierung gebraucht und der
880 Energiebedarf für digitale Prozesse wächst jedes Jahr massiv. Expert*innen zufolge wird der
881 digitale Energiebedarf bis zum Jahr 2040 die weltweite Energieproduktion übersteigen, wenn
882 wir nicht umsteuern.

883 Wir wollen als Teil der Energiewende **energiearme IT-Technik** voranbringen und eine
884 europäische „Green-IT“-Strategie auflegen. Darüber hinaus setzen wir uns für „Green-IT“-
885 Kriterien bei der öffentlichen Vergabe und ein Label für energieeffiziente, nachhaltige
886 Rechenzentren ein. Denn gerade die Digitalisierung bietet auch ein erhebliches Potenzial für
887 den Klimaschutz und zur Einsparung von Treibhausgasen und Ressourcen.

888 Allein durch die Digitalisierung könnten die globalen CO₂-Emissionen bis 2030 gegenüber
889 jetzigen Prognosen um 20 Prozent sinken. Studien gehen von 15 bis 20 Prozent
890 Energieeinsparung durch Gebäude-Klimamanagementsysteme aus. Um 25 bis 30 Prozent
könnte der
891 Energieverbrauch der Industrie durch IT-gesteuerte Prozessoptimierung sinken, indem
892 Maschinen intelligent miteinander vernetzt werden. Dieses Potenzial wollen wir konsequent
893 nutzen.

894 Bei großen Unternehmen ist es längst selbstverständlich, dass Videokonferenzen in vielen
895 Fällen Reisen per Bahn oder Flugzeug ersetzen. Das spart Zeit und Kosten, entlastet die
896 Mitarbeitenden und schont zugleich die Umwelt. Home Office-Regelungen sorgen dafür, dass
897 Wegstrecken zur Arbeit und damit CO₂-Emissionen eingespart werden können. Mit den
898 selbstfahrenden Autos von morgen bietet sich durch Vernetzung, Carsharing und zusätzlich
899 flexible öffentliche Nahverkehrsangebote gerade im ländlichen Raum die Chance, viele
900 Privatfahrten im Auto zu ersetzen. Die Digitalisierung kann die Energiewende in Form
901 intelligenter Netze unterstützen oder dabei helfen, Transportketten zu optimieren und etwa
902 Leerfahrten zu verhindern.

903 IT-Sicherheit für die Industrie

904 Es braucht dringend ein umfassendes Paket zur Stärkung der IT-Sicherheit unserer Industrie.
905 Dies umfasst die Einrichtung eines **europäischen Forschungsverbunds für IT-Sicherheit**, in
dem
906 das Nationale Forschungszentrum in Darmstadt integraler Teil wird, um die Entwicklung von
907 Technologien und industriellen Fähigkeiten im Bereich der IT-Sicherheit zu fördern. Außerdem
908 wollen wir ein in allen Mitgliedstaaten anerkanntes EU-weites Zertifizierungssystem für
909 Produkte und Dienstleistungen sowie umfassende Beratungsangebote einführen.

910 **8. Die Technik von morgen entwickeln**

911 Um den Wirtschaftsstandort Deutschland in die Zukunft zu führen müssen wir auch für
912 Forschung, Entwicklung und Bildung die richtigen Rahmenbedingungen setzen. Innovationen
913 entstehen in Ökosystemen, die von Kooperationen, Trans- und Interdisziplinarität und
914 Kreativität geprägt sind. Es geht darum, Kooperationen zu fördern, die Arbeit in isolierten
915 Fach-Communities aufzubrechen, Wissen zu teilen und von der Erfindung nahtlos in die
916 Umsetzung zu kommen.

917

918 Wir fordern daher **mehr** Forschungsplattformen, an denen sich insbesondere Hochschulen, freie

919 Forschungsinstitute, zivilgesellschaftliche Organisationen, einzelne Interessierte und
920 Unternehmen beteiligen, miteinander kooperieren, Wissen austauschen und Kreativität
921 entwickeln können. Darüber hinaus sind Reallabore und Experimentierräume in der Forschung
922 ein geeignetes Instrument, damit bahnbrechende neue Innovationen gemeinsam entwickelt und
in

923 der Umsetzung getestet werden können. Um die inter- und transdisziplinäre Forschung zu
924 fördern, soll „Horizon Europe“ gestärkt werden. Zusätzlich soll für die Entwicklung neuer
925 Technologien und der Technikfolgenabschätzung eine eigene Förderlinie eingerichtet werden.

926 Alle heute genutzten Technologien beruhen auf öffentlicher Grundlagenforschung. Auch in
927 Europa und Deutschland sollte die öffentliche Hand massiv investieren, gerade da, wo Märkte
928 versagen: bei risikoreicher Forschung, öffentlicher Infrastruktur, Sprunginnovationen. Für
929 diese Jahrhundertaufgabe müssen deutsche und europäische Förderprogramme ambitionierter,
930 risikofreudiger und agiler werden. Es geht uns dabei um einen gezielt agierenden, proaktiven
931 und **unternehmerischen Staat**, der unternehmerisches Risiko eingeht und als **Leadinvestor**
ein

932 innovationsfreundliches Umfeld auch für private Unternehmen und ihre Ideen schafft.

933 Dabei legen wir besonderen Wert auf die Freiheit von Forschung und Lehre. Hochschulen und
934 insbesondere die Grundlagenforschung funktionieren nicht nach unternehmerischer Logik.
935 Gerade disruptive Innovationen können davon profitieren. Grundlagenforschung ohne Blick auf
936 eine unmittelbare (wirtschaftliche) Verwertbarkeit ist ebenso wichtig und notwendig, wie es
937 Forschungsprogramme zu drängenden gesellschaftlichen Fragestellungen sind. Deshalb setzen
938 wir uns ein für eine solide Grundfinanzierung und demokratische Selbstorganisation der
939 Hochschulen und Wissenschaftsfreiheit in Verantwortung.

940 In Zukunftstechnologien und digitale Infrastruktur investieren

941 Europäische Kooperation ist die Grundvoraussetzung, um die Herausforderungen des 21.
942 Jahrhunderts in Bezug auf Technologie und gesellschaftliche Veränderungen im Rahmen der
943 Klimakrise bestehen zu können. Wir wollen deswegen wieder intensiv in den Wissens- und
944 Innovationsstandort Europa investieren und die Mittel des **kommenden europäischen**
945 **Forschungsrahmenprogramms auf 120 Milliarden** Euro aufstocken. Damit wollen wir ein
946 schlagkräftiges Nachfolgeprogramm zu „Horizon 2020“ etablieren, das besonders die
947 Grundlagenforschung und die Wissenschaftsfreiheit inter- und transdisziplinär fördert,
948 wohlwissend, dass eine Gesellschaft technisches und Orientierungswissen benötigt, um
949 erfolgreich die Zukunft bewältigen zu können.

950 Es bleibt daher ein Fehler, dass die Bundesregierung die Vorschläge vom französischen
951 Präsidenten, eine **europäische Agentur für Sprunginnovationen und ein deutsch-**
französisches

952 **KI-Zentrum** zu etablieren, nicht angenommen und ernsthaft verfolgt hat. Stattdessen hat die
953 große Koalition eine allein national ausgerichtete Agentur für Sprunginnovationen etabliert.
954 Wir fordern, dass diese nun zumindest mit den europäischen Institutionen und Initiativen eng
955 verzahnt wird. Auch sind die geplanten 500.000 Euro Förderung für ein virtuelles deutsch-
956 französisches KI-Netzwerk viel zu wenig, um die besten Forscher*innen zusammenzubringen
und
957 tatsächlich Synergien zu etablieren.

958 **Schnelles Netz** ist die Grundlage für alles – Industrie, Mobilität, Landwirtschaft, digitale
959 Verwaltung, Teilhabe, ökonomischer Erfolg. Für Unternehmen ist der Breitbandausbau eine
960 harte Standortfrage. Und oftmals sind es gerade die ländlichen Regionen, die von schnellem
961 Internet abgehängt sind. Von der flächendeckenden Grundversorgung, die die Bundesregierung
962 versprochen hatte, sind wir weit entfernt. Für die digitale Infrastruktur Glasfaser und 5G-
963 Mobilfunk gibt es erhebliche Investitionslücken.

964 Wir lassen uns beim Ausbau der 5G-Netze vom Vorsorgeprinzip leiten. Wir fordern daher die
965 Veröffentlichung der Ergebnisse bereits durchgeführter Studien zu Auswirkungen von 5G, die
966 aus öffentlichen Mitteln ganz oder teilweise finanziert wurden und rufen auch die
967 Unternehmen auf, ihre eigenen Untersuchungen vollumfänglich zu veröffentlichen. Wir
968 unterstützen die Überprüfung und ggf. Erarbeitung geeigneter Prüf- und Messverfahren über
969 Auswirkungen durch hochfrequente Sende- und Empfangsanlagen oberhalb 20 GHz und die
970 Erstellung verbindlicher Grenzwerte durch das Bundesamt für Strahlenschutz. Wir setzen uns
971 für eine EU-weite Abstimmung zu diesen Fragen ein und fordern ein möglichst einheitliches
972 Vorgehen in den Mitgliedstaaten.

973 Damit der Glasfaserausbau zügig vorankommt und die Versorgung mit schnellem Internet bis zu

974 jeder Haustür (FTTB) im ganzen Land sichergestellt wird, brauchen wir eine solide
975 Finanzierung. Dafür wollen wir öffentliche Breitbandgesellschaften für den Glasfaserausbau
976 im ländlichen Raum gründen, in die der Bund mindestens den Erlös des Verkaufs seiner
977 Telekom-Aktien einbringt. Zusätzlich werden wir bei Netzregulierung, insbesondere bei neuen
978 Ausschreibungen von Frequenzen darauf achten, dass die Netzbetreiber harte Verpflichtungen
979 unterschreiben, auch entlegene ländliche Regionen zu versorgen.

980 Neue Wege bei Forschung & Entwicklung

981 Für die Lösung von Zukunftsfragen brauchen wir eine starke Wissenschaft. Deshalb wollen wir
982 die Wissenschaft bei der Digitalisierung unterstützen. Die freie Zugänglichkeit,
983 Nachvollziehbarkeit und Verständlichkeit von Wissen ist dabei ein zentraler Baustein für
984 eine innovative und zugleich am Gemeinwohl orientierte Wirtschaft. Wir wollen unter
985 Berücksichtigung von Datenschutz freie Inhalte (in Forschung und Lehre), insbesondere Open
986 Access-Publikationen, und bei Forschungsdaten (Open Science Data) besonders fördern. Wir
987 wollen Initiativen der Wissenschaft fördern, Ergebnisse breit in die Gesellschaft zu
988 kommunizieren und den Zugang und die Verständlichkeit von Wissen über kreative und neue
989 kommunikative Wege zu erleichtern. Neben Vorträgen, Citizen Science und Science Slams
bilden

990 auch (Forschungs-)Museen, Reallabore und öffentliche Veranstaltungen an
991 Forschungseinrichtungen wichtige Brücken zwischen Bürger*innen und Forschenden.

992 KMUs sollen bei der Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsoffensive eine größere Rolle
993 zugemessen werden, die wir durch steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung
994 unterstützen wollen. Ferner wollen wir eine breite Verfügbarkeit von Basisinnovationen
995 ermöglichen und dafür Open-Source-Lösungen fördern, insbesondere wenn diese von
öffentlichen

996 Forschungseinrichtungen entwickelt werden. Wir finden es wichtig bei Forschungsanliegen
997 stärker NGOs und andere zivilgesellschaftliche Akteur*innen zu berücksichtigen. Dafür
998 brauchen wir z.B. mehr Reallabore und einen breiteren öffentlichen Dialog bei der
999 Formulierung von Forschungsfragen.

1000 Eine faire Ausgestaltung des internationalen Rechtssystems muss verhindern, dass Patente und
1001 sonstige geistige Eigentumsrechte (etwa auf HIV-Präparate, Saatgut oder tradiertes Wissen)
1002 sozial schädlich genutzt werden und wirtschaftliche Entwicklung behindern. Investitionen aus
1003 Drittstaaten müssen zum Aufbau von lokalem Wissen und hochwertigeren Anteilen an der
1004 globalen Wertschöpfung beitragen. Ein möglichst großer Teil dieser Technologien sollte in
1005 Formen offenen Wissens (Open Design, Open Source, Open Data, Creative Commons) entwickelt
1006 werden und allen Menschen zur Verfügung stehen.

1007 **9. Gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West, Stadt und Land**

1008 Gemeinsam können wir dafür sorgen, dass Stadt und Land, dass strukturschwache und
1009 wirtschaftsstarke Regionen nicht weiter auseinanderdriften. In den deutschen Kommunen klappt
1010 eine öffentliche Investitionslücke bei der Infrastruktur von 138 Milliarden Euro. So viel
1011 Geld fehlt in Kitas, Straßen, Brücken oder Spielplätzen, allein um die Substanz zu erhalten.
1012 Viele Kommunen können das nicht finanzieren. Damit werden wir unserer Verpflichtung nach
1013 gleichwertigen Lebensverhältnissen nicht überall im Land gerecht, was vor allem
1014 strukturschwache Regionen, gerade in Ostdeutschland, betrifft.

1015 Bund und Länder sollen in die Lage versetzt werden, strukturschwache Regionen besser zu
1016 unterstützen, so dass die regionale Daseinsvorsorge überall gewährleistet ist. Das kann über
1017 eine neue Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Daseinsvorsorge“ erfolgen. Wir wollen auch
1018 Kompetenzagenturen schaffen, welche die Kommunen bei der Planung von Investitionen und
dem
1019 Abruf von Fördermitteln unterstützt. Eine Förderung über alle Regionen hinweg führt oft
1020 dazu, dass stärkere Regionen aufgrund ihrer funktionierenden Infrastruktur und Verwaltung
1021 die Mittel als erstes beantragen und bekommen, während die schwächeren Regionen dann das
1022 Nachsehen haben. Wir wollen die Förderung auf die wirklich strukturschwachen Regionen
1023 ausrichten und dabei auch Geschlechteraspekte bei der Ausgestaltung der regionalen
1024 Daseinsvorsorge berücksichtigen. Die beste Förderung hilft nicht, wenn die Mittel nicht dort
1025 ankommen, wo sie wirksam werden sollen.

1026 Wir wollen die aktuelle Förderung von ihrer Projektorientierung hin zu Prozessen ausrichten,
1027 damit Projekte vor Ort langfristig gesichert sind und das Engagement der Leute vor Ort
1028 nachhaltig gefördert wird. Daneben soll ein **Altschuldenfonds** Kommunen mit hohen
Altschulden
1029 neue Spielräume eröffnen, indem der Bund einen Teil der Schulden übernimmt, aber auch die
1030 Verantwortung der Länder zum Tragen kommt sowie berücksichtigt wird, dass einige
1031 Landesregierungen dies bereits aus eigener Kraft getan haben. Der Bund kann sich zu sehr
1032 niedrigen – momentan sogar negativen – Zinsen finanzieren, und so den Kommunen wieder Luft
1033 zum Atmen verschaffen. Außerdem werden wir die Kommunen bei den Sozialausgaben
entlasten und
1034 prüfen, wie Länder und Kommunen ihr Schuldenmanagement verbessern und in den Genuss der
1035 günstigsten Zinskonditionen des Bundes kommen können. Die **regionale**
Wirtschaftsförderung
1036 wollen wir neu ausrichten und Regionen, die einen starken Strukturwandel zu bewältigen
1037 haben, mehr in den Blick nehmen. Entscheidend für die Ansiedlung von Unternehmen ist nicht
1038 der Scheck vom Staat, sondern eine exzellente Infrastruktur und gut ausgebildete Fachkräfte
1039 vor Ort. Wo es keinen Datenhighway gibt, kann sich heute kein Unternehmen mehr ansiedeln.
1040 Für die Lausitz hieße das zum Beispiel, dass man von den kleinen Orten schnell nach Cottbus
1041 kommen kann, und von Cottbus schnell mit der Bahn nach Berlin, Wrocław oder Warschau.
1042 Schnelles Internet und das digitale Büro würden es mit einem Arbeitsplatz in Berlin
1043 ermöglichen, an der mecklenburgischen Seenplatte zu wohnen. Gute Bahnverbindungen
würden die
1044 gelegentliche, zügige Fahrt zur Firma erlauben. Wir wollen die **regionalen Zentren stärken**
1045 und zu Ankerpunkten in den Regionen mit breitem Angebot an öffentlichen und kulturellen
1046 Dienstleistungen machen. Dies wollen wir in Grenzregionen auch grenzüberschreitend und
1047 europäisch gestalten. Wir wollen auch Universitäten und Fachhochschulen ansiedeln bzw.
1048 erweitern, denn sie können einen Wissenstransfer in die lokale Wirtschaft organisieren.
1049 Gleichzeitig bringen die gut ausgebildeten Studierenden eigene Geschäftsideen mit oder sind
1050 künftige Fachkräfte für die lokale Wirtschaft. So kann es auch gelingen, junge Zugewanderte
1051 zu motivieren, etwa in die Uckermark oder nach Ostsachsen zu ziehen.

1052 **10. Mit einer gemeinsamen Industriestrategie die Stärke des europäischen**
1053 **Binnenmarktes**

1053 **nutzen**

1054 Der Kern einer guten Industriepolitik liegt in der Stärkung der eigenen Innovationskraft,
1055 nicht in der Abwehr von Konkurrenz. Trotzdem ist es wichtig, dass Deutschland und Europa
1056 faire Regeln entwickeln und diese dann nach innen und außen durchsetzen.

1057 Der **europäische Binnenmarkt** ist der größte gemeinsame Wirtschaftsraum der Welt. Kein
großes

1058 globales Unternehmen kann es sich leisten, auf diesem riesigen Markt nicht vertreten zu
1059 sein. Den Europäischen Binnenmarkt müssen wir nutzen, um Demokratie, Rechtsstaatlichkeit
und

1060 faire Spielregeln zu stärken, anstatt uns von nationalen Interessen auseinanderdividieren zu
1061 lassen.

1062 Wer auf dem europäischen Markt mitspielen will, muss den europäischen Regeln folgen. Mit der
1063 Datenschutzgrundverordnung haben wir gezeigt, wie das geht. Entweder halten sich
Unternehmen

1064 daran, oder ihnen wird der Zugang zum Markt verwehrt. Mittlerweile macht die DSGVO
1065 international Karriere.

1066 Die Europäische Union muss dafür als starke und geeinte Akteurin gemeinsame Standards für
1067 eine zukunftsfähige Wirtschaft entwickeln – statt Empfängerin der strategischen
1068 Entscheidungen anderer zu sein. Wenn die USA auf einen finanzmarktgetriebenen Kapitalismus
1069 und China auf autoritären Staatskapitalismus setzt, dann müssen wir uns nicht entscheiden,
1070 sondern darauf eine europäische Antwort geben: mit einem **Green New Deal für die sozial-**
1071 **ökologische Marktwirtschaft.**

1072 Europa braucht eine **gemeinsame Industriepolitik**, deren Kern in der Stärkung der eigenen
1073 Innovationskraft und der Durchsetzung von fairen Spielregeln für die Wirtschaft liegt – nach
1074 innen wie nach außen. Ihre Ziele und Instrumente sollen sich an der Notwendigkeit einer
1075 sozial-ökologischen Transformation der Wirtschaft orientieren. So kann der europäische
1076 Binnenmarkt, auch aufgrund seiner Größe, zum Leitmarkt für die Welt werden.

1077 Eine Industriestrategie zur Stärkung von Innovation und Nachhaltigkeit

1078 **Eine Industriestrategie** muss in erster Linie Innovationen in Deutschland und Europa aktiv
1079 vorantreiben, zum Beispiel durch ordnungspolitische Leitplanken und öffentliche Aufträge,
1080 welche die Nachfrage nach neuen Technologien stimulieren. Sie soll dabei insbesondere auch
1081 den ökologischen Wandel der Wirtschaft unterstützen, durch Maßnahmen wie eine langfristige
1082 Klimaschutzstrategie, einen europaweiten CO₂-Mindestpreis, oder die Förderung industrieller
1083 Leuchtturmprojekte mit dem Ziel, Treibhausgasemissionen in den energieintensiven Branchen
1084 abzubauen. Finanzmärkte müssen so reguliert werden, dass sich nachhaltige Investitionen
1085 auszahlen und nicht benachteiligt werden. Auch die europäischen Investitionsprogramme
müssen

1086 auf Nachhaltigkeit getrimmt werden.

1087 Eine Industriestrategie soll auch dafür sorgen, dass europäische Kräfte bei künstlicher
1088 Intelligenz gebündelt werden und öffentliche Investitionen in europäische Gemeingüter
1089 getätigt werden, wie in die Verkehrs-, Telekommunikations- und Energieinfrastruktur.

1090 Rechtswidriger Steuerumgehung und Steuerbetrug erteilen wir eine Absage, denn auch
1091 Unternehmen müssen sich angemessen an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben beteiligen.
1092 Auch gerechte Arbeitsbedingungen, Mindeststandards bei der sozialen Absicherung und eine
1093 europäische Rückversicherung für die nationalen Arbeitslosenversicherungssysteme müssen Teil

1094 einer solchen sozial-ökologischen Industriestrategie sein.

1095 Wettbewerbsverzerrungen bekämpfen

1096 Gegenüber staatlich subventionierten Monopolisten aus China und unregulierten
1097 Digitalkonzernen aus den USA muss eine europäische Industriestrategie fairen Wettbewerb auf
1098 dem europäischen Markt sicherstellen, zum Beispiel durch eine Weiterentwicklung der Anti-
1099 Dumping- und Anti-Subventionsinstrumente, eine Reform der WTO und eine Schärfung der
Regeln

1100 im Kartellrecht. Auch muss die Europäische Union Wettbewerbsverzerrungen bei öffentlichen
1101 Aufträgen stärker ahnden können. Ein Weg könnte sein, im Vergaberecht die Möglichkeiten zu
1102 schaffen, Angebote aus Ländern, die ihre Firmen subventionieren, mit einem Aufschlag zu
1103 versehen und auch bei Nicht-EU-Bietern hohe Arbeits- und Umweltstandards zu berücksichtigen.

1104 Mittelfristig sollte das Prinzip der Gegenseitigkeit (Reziprozität) für Drittstaaten gelten,
1105 damit es zu gleichen Wettbewerbsbedingungen kommen kann. Außerdem braucht es eine
1106 europäische Antwort darauf, wie damit umzugehen ist, wenn zum Beispiel chinesische
1107 Unternehmen europäische aufkaufen, ihnen dann de facto umsonst Kredite zukommen lassen
und

1108 dadurch den Wettbewerb verzerren.

1109 Kontrolle über kritische Infrastruktur

1110 Ausländische Direktinvestitionen in **Schlüsseltechnologien und kritische Infrastruktur**
1111 sollten besser überwacht werden. Der neue europäische Screening-Mechanismus für
1112 Direktinvestitionen sollte in die deutsche Außenwirtschaftsordnung integriert und konsequent
1113 angewandt werden. Denn wenn wir keine Kontrolle mehr über unsere kritische Infrastruktur
1114 haben, haben wir ein riesiges Sicherheitsproblem, sind abhängig und im schlimmsten Fall
1115 erpressbar.

1116 Die fortschreitende Digitalisierung macht die bessere Überwachung von ausländischen
1117 Direktinvestitionen in **Schlüsseltechnologien und den Schutz der kritischen**
Infrastruktur

1118 **notwendig.**

1119 Der neue europäische Screening-Mechanismus für Direktinvestitionen sollte in die deutsche
1120 Außenwirtschaftsordnung integriert und konsequent angewandt werden. Sichere digitale
1121 Infrastrukturen sind längst systemrelevant. Mit Blick auf die konkret anstehende
1122 Entscheidung zu 5G stellen wir fest, dass Huawei die Kriterien des derzeit vorliegenden IT-
1123 Sicherheitskatalogs bislang nicht erfüllt hat und deshalb zumindest in besonders
1124 sicherheitsrelevanten Netzen nicht zugelassen werden darf. Die Diskussion hat gezeigt, wie
1125 groß die Versäumnisse der Bundesregierung sind, gerade wenn es um den Schutz besonders
1126 kritischer Infrastrukturen geht. Sie hat gezeigt, dass es weiterhin klarer rechtlicher
1127 Vorgaben für den Einsatz und die Überprüfbarkeit von Hard- und Software, neuer
1128 Haftungsregelungen, des verstärkten Einsatzes von Open Source und Open Hardware und

1129unabhängiger Aufsichtsstrukturen dringend bedarf – fernab einzelner Anbieter und auch für
1130europäische Firmen. Nur hierdurch ist das Ziel zu erreichen, IT-Sicherheit effektiv zu
1131erhöhen, Abhängigkeiten von einzelnen Anbietern zu reduzieren und die digitale Souveränität
1132für Europas Bürger*innen und seine Unternehmen zu verfolgen.

1133Regulatorische Macht für sozial-ökologische Ziele

1134Auch global sollten wir Europäer*innen Regeln setzen und dazu unser gesamtes europäisches
1135Schwergewicht in die Waagschale werfen. Wer in Europa Produkte verkaufen will, muss fair
1136produzieren. Die Produktion muss im Einklang mit den Klimazielen von Paris stattfinden.
1137Menschen- und Arbeitsrechte und der Schutz der Umwelt müssen geachtet werden. Dafür
braucht

1138es Handelsabkommen, die ökologische und soziale Standards gegenüber Handelspartnern
1139einklagbar machen und ein **Lieferkettengesetz**, das Transparenz und menschenrechtliche
1140Sorgfaltspflichten für Unternehmen rechtsverbindlich macht. Wir wollen den Einsatz neuer
1141Technologien fördern, die die Zwischenstufen im Produktionsprozess nachvollziehbar machen.
1142So verhindern wir zum Beispiel, dass bei uns Produkte verkauft werden, deren Vorprodukte mit
1143Kinderarbeit in Afrika hergestellt wurden.

1144Den Euro zur Leitwährung machen

1145Kaum ein Land in der EU profitiert so stark von der gemeinsamen Europäischen Währung.
1146Anstatt sich als Exportnation zu feiern, sollte Deutschland zum Wohle und Wohlstand aller
1147daher besonders in die Stärkung der Eurozone investieren.

1148Die wirtschaftliche Stärke Europas wird zentral davon abhängen, ob wir die **Währungsunion**
1149**vollenden**. Bis jetzt verlassen wir uns fast vollständig darauf, dass die Europäische
1150Zentralbank die Kohlen aus dem Feuer holt. Das darf nicht so bleiben. Dazu kommt, dass eine
1151Währungsunion ohne makroökonomische Ausgleichsmechanismen auf Dauer nicht gut
funktionieren

1152kann. Daher wollen wir eine **gemeinsame Fiskalpolitik** für die Eurozone, die im Abschwung
1153beherzt gegensteuern, die Wirtschaft stabilisieren und europäische Gemeingüter finanzieren
1154kann. Investitionen des gemeinsamen Haushalts sollten für europäische Gemeingüter wie den
1155Klimaschutz, den Ausbau der erneuerbaren Energien, Kommunikation und Internet oder die
1156Schieneninfrastruktur eingesetzt werden. Ein solches Eurozonenbudget, das stabilisiert und
1157investiert, sollte mindestens ein Prozent der Wirtschaftsleistung der teilnehmenden Staaten
1158umfassen, um makroökonomisch wirksam zu sein. Es könnte sich auch über europaweite
Steuern

1159wie eine Digitalkonzernsteuer, eine Finanztransaktionssteuer oder einen Teil einer
1160harmonisierten europäischen Körperschaftssteuer finanzieren.

1161Kaum ein Land in der EU profitiert so stark von der gemeinsamen Europäischen Währung.
1162Anstatt sich als Exportnation zu feiern, sollte Deutschland zum Wohle und Wohlstand aller
1163daher besonders in die Stärkung der Eurozone investieren. Zur Vollendung der Währungsunion
1164braucht es nicht nur eine gemeinsame Fiskalpolitik, sondern erstens einen großen Markt für
1165sichere europäische Anleihen und zweitens einen glaubwürdigen Rahmen für das gemeinsame
1166Krisenmanagement. Für den Ausbau der paneuropäischen Infrastruktur wie zum Beispiel
1167grenzüberschreitender Strom- oder Bahnnetze ist es **sinnvoll, gemeinsame europäische**
Anleihen

1168zu schaffen, über die ein Teil dieser Investitionen im Rahmen des Eurozonenhaushalts und
1169perspektivisch auch des EU-Haushalts über Kredite finanziert werden kann.

1170 So kann es uns gelingen, den **Euro zu einer** globalen Leitwährung auszubauen. Das ist nicht
1171 nur eine Frage der wirtschaftlichen Stabilität, sondern es ist auch eine zentrale Frage
1172 europäischer Souveränität und unserer außenpolitischen Handlungsfähigkeit.

1173 Gleichzeitig wollen wir sicherstellen, dass Europa seine Krisen selbst lösen kann. Dafür
1174 wollen wir den Europäischen Rettungsschirm ESM zu einem vollwertigen **Europäischen**
1175 **Währungsfonds** weiterentwickeln, im EU-Recht verankern und der demokratischen
Mitbestimmung

1176 und Kontrolle durch das Europäische Parlament unterwerfen. Für eine wirksame
1177 Krisenbekämpfung muss auch die Bankenunion vollendet werden. So stellen wir sicher, dass
1178 Banken in Zukunft einheitlich, europäisch, und nicht zu Lasten der Steuerzahler abgewickelt
1179 werden. Dafür benötigen wir zum einen ein glaubwürdiges Abwicklungsregime inklusive einer
1180 robusten Letztsicherung für den gemeinsamen Abwicklungsfonds. Zum anderen braucht es dafür
1181 eine **gemeinsame europäische Einlagensicherung**. Sie sollte als Rückversicherung
ausgestaltet

1182 sein, damit die europäische Sicherung erst eingreift, wenn die nationale überfordert ist.
1183 Die deutschen Sparkassen und Genossenschaftsbanken können so weiter auf ihre bewährten
1184 Institutssicherungssysteme setzen. Schließlich sollte auch und gerade Deutschland mit seiner
1185 eigenen Fiskalpolitik viel stärker zu einem guten Funktionieren der Eurozone beitragen.

1186 Für einen **Ausgleich von makroökonomischen Ungleichgewichten** innerhalb Europas und
zur

1187 Stärkung der europäischen Nachfrage muss Deutschland aktiv seinen überbordenden
1188 Leistungsbilanzüberschuss reduzieren und den europäischen Partnern mehr Luft zum Atmen
1189 lassen, und darf nicht zu einer einseitigen und spaltenden Sparpolitik zurückkehren. Um dies
1190 zu erreichen wollen wir in Deutschland für faire Löhne besonders am unteren Ende der
1191 Einkommensskala sorgen und die Investitionen hochfahren. Auf EU-Ebene setzen wir uns für die
1192 Einführung einer europäischen Arbeitslosen-Rückversicherung als automatischen Stabilisator
1193 ein.

1194 **11. Fairer Wettbewerb statt Machtwirtschaft**

1195 Wettbewerb ist Grundlage der Marktwirtschaft und Motor des Fortschritts. Ein starkes
1196 Kartellrecht, das fairen Wettbewerb sichert und die Konzentration wirtschaftlicher Macht
1197 begrenzt, ist nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für das Funktionieren der
1198 Demokratie wesentlich. Es hält Märkte offen und sorgt dafür, dass sich die beste Idee
1199 durchsetzt und nicht stets der Platzhirsch. Fehlt der Wettbewerb, können Monopolisten hohe
1200 Gewinne auf Kosten der Verbraucher*innen machen und Startups in ihrer Entwicklung
behindern.

1201 Eine exzessive Marktkonzentration geht einher mit der Konzentration von Vermögen und erhöht
1202 die Ungleichheit. Und wer Märkte kontrolliert, kann auch politische Kontrolle ausüben und
1203 Spielregeln mitbestimmen. **Das Wettbewerbsrecht braucht ein Update.** Digitale
Geschäftsmodelle

1204 ändern Geschäftsbeziehungen und Wettbewerbsdynamik. Nutzer*innen zahlen für viele Dienste
im

1205 Internet nicht mit Geld, sondern mit Daten. Netzwerkeffekte machen einzelne Plattformen zu
1206 Giganten mit riesigen Datenschätzen. Ihre Marktmacht können sie missbrauchen, um
1207 Datenschutzbestimmungen abzusenken, Geschäftspartner*innen Preise zu diktieren oder
1208 Konkurrent*innen auszubooten.

1209 Wir wollen marktbeherrschende **digitale Plattformen streng regulieren**. Wenn sie anderen
1210 Firmen den Marktzugang verwehren oder absurde Konditionen verlangen, müssen die
1211 Kartellbehörden hart dagegen vorgehen. Damit die europäische Wettbewerbspolitik den
1212 Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird, brauchen wir ein **eigenständiges,**
1213 **europäisches Kartellamt** mit angemessenen Mitteln und Personal. Unter dem Dach dieses
1214 Kartellamtes soll eine europäische Digitalaufsicht etabliert werden, die als politisches
1215 Frühwarnsystem für kritische Marktmachtkonzentrationen und verbraucherschädigendes
Verhalten
1216 fungiert, dabei insbesondere große Plattformmärkte und natürliche, digitale Monopole
1217 reguliert und sanktionsbewährte Kooperations- sowie Transparenzpflichten aussprechen kann.

1218 Heute muss die Kartellaufsicht den Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung
nachweisen,
1219 um ein Unternehmen entflechten zu können. Das ist in der Regel kaum möglich. Wir treten
1220 daher dafür ein, dass Unternehmen auch unabhängig von einem Missbrauch aufgespalten
werden
1221 können, wenn ihre Marktmacht zu groß und zum Problem für Wirtschaft und Gesellschaft wird.
1222 Das Facebook-Monopol ist beispielsweise so ein Fall. Wir wollen **Instagram, Facebook und**
1223 **WhatsApp wieder entflechten**. Indem wir die Grundsätze der Interoperabilität, wie sie heute
1224 bei Telefon, SMS und Mail selbstverständlich sind, auf Messenger-Dienste übertragen, wollen
1225 wir den Markteintritt neuer Anbieter erleichtern und den Wettbewerb um die besten
1226 Datenschutzbestimmungen entfachen.

1227 Wir GRÜNE wollen, dass das Wettbewerbsrecht im Sinne der europäischen Verträge angewandt
1228 wird. Umweltschutz und die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung müssen dabei
1229 berücksichtigt werden. Die Fusionen von Bayer und Monsanto sowie weiterer
Agrochemiekonzerne
1230 sind zum Beispiel nicht nur für den Wettbewerb problematisch, sondern auch für die Umwelt.
1231 Fehlende Sortenvielfalt, Pestizideinsatz und Artensterben sind die Folgen.

1232 Außerdem sollte bei der Fusionskontrolle die Hohe Vertreter*in für Außen- und
1233 Sicherheitspolitik einbezogen und um eine sicherheitspolitische Einschätzung gebeten werden.

1234 Wer fairen Wettbewerb will, muss **Verstöße wirksam juristisch ahnden**. Der Abgasskandal
hat
1235 einmal mehr gezeigt, wie Unternehmen versuchen, fairen Wettbewerb durch Betrug zu
umgehen.
1236 Wir GRÜNE wollen solch gemeinwohlschädliches Verhalten strikt ahnden. Wir wollen eine
1237 gesetzliche Regelung, welche die bessere Verfolgung und Sanktionierung von Straftaten
1238 ermöglicht, die aus Unternehmen heraus begangen werden. Dabei muss der Staat seine
Gesetze
1239 und Verordnungen konsequent durchsetzen. Des Weiteren sollen identifizierte Gesetzeslücken
1240 geschlossen werden. Der Abgasskandal ist auch ein Beispiel dafür, dass er das nicht immer
1241 tut – denn er wurde erst durch die jahrelange Kumpanei von Autoindustrie, Aufsichtsbehörden
1242 und Politik möglich. Und um den Einfluss von Lobbyist*innen und Interessengruppen auf den
1243 Bundestag offenzulegen, wollen wir ein **verpflichtendes öffentliches Lobbyregister**
1244 einrichten. Wer als Hinweisgeber unethisches oder strafbares Verhalten in der Wirtschaft
1245 aufdeckt, handelt im Interesse des Gemeinwohls und braucht rechtlichen Schutz vor Sanktionen

1246und wirtschaftlichen Nachteilen. Damit solche Missstände frühzeitig aufgedeckt und
1247abgestellt werden, brauchen wir zudem klare und sichere Meldewege für Whistleblower*innen.
1248Wir wollen solche sicheren und anonymen Meldewege für digitale und analoge Daten bei
1249öffentlichen Aufsichts- und Strafverfolgungsstellen einrichten und bekannt machen.

1250Bisher gibt es in Deutschland und Europa keine finanziellen Entschädigungen für die vom
1251Dieselskandal Betroffenen. Für Einzelne ist es oft viel zu schwer, das geltende Recht auch
1252zur Geltung zu bringen. So weigern sich etwa Fluggesellschaften, Entschädigungsansprüchen
1253nachzukommen. Auch auf unseren Druck hin ist es gelungen, in Deutschland erstmals
1254Musterfeststellungsklagen zu ermöglichen. Sie sind aber unzureichend, denn immer noch muss
1255jede*r Betroffene einzeln klagen. Daher wollen wir endlich Gruppenklagen ermöglichen, um das
1256Prozessrisiko auf viele Schultern zu verteilen.

1257**12. Faire Welthandels- und Währungsordnung schaffen**

1258Uns geht es um eine **Re-Regulierung der Globalisierung**. Die vergangenen Jahre haben
gezeigt:

1259Eine unregulierte Globalisierung führt zur Ausbeutung von Menschen und Umwelt und
1260beschleunigt die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen. Die Wohlstandsgewinne aus
1261internationalem Handel sind ungleich verteilt. Rechtsextremist*innen und Nationalist*innen
1262benutzen die berechtigte Kritik an Fehlentwicklungen der Globalisierung, um einen Rückfall
1263in den Nationalismus zu propagieren. Das ist die falsche Antwort. Wir stellen eine
1264freiheitliche und weltoffene Antwort dagegen. Richtig genutzt kann eine gute Handelspolitik
1265Umweltschutz, Klimaschutz, Menschenrechte, Arbeitnehmer*innenrechte und
1266Wirtschaftsinteressen in Balance bringen. Und so die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen
1267erhalten, im globalen Süden Gerechtigkeit schaffen und Demokratieverdrossenheit bekämpfen.
1268Wir brauchen aber auch einen Globalen Green New Deal. Denn unsere Ökonomien und unsere
1269Ökosysteme hängen voneinander ab. In einer globalisierten Welt sind nicht nur die Krisen
1270global, auch die Lösungen müssen global sein. Das bedeutet nicht abzuwarten, bis andere
1271vorangehen. Gerade die wohlhabenden und technologisch hoch entwickelten Staaten müssen
den

1272Weg für eine grüne Wende im globalen Maßstab ebnen.

1273Europa hat mit dem größten Binnenmarkt der Welt etwas zu bieten – und wir wollen dieses
1274Angebot mit einer klaren Aufforderung zu progressiver Politik verbinden. Den Zugang zu
1275unseren Märkten gewähren wir nur bei Einhaltung sozial-ökologischer Mindeststandards.
1276Dadurch werden positive Auswirkungen auf Arbeitnehmer*innen weltweit entstehen. Wenn
1277Regierungen wirtschaftspolitische Maßnahmen ergreifen wollen, um das Pariser
Klimaabkommen,

1278die VN-Menschenrechtskonventionen oder die Ziele der Agenda 2030 zu erfüllen, dürfen diese
1279nicht durch Handelsverträge oder Investitionsschutzklagen erschwert oder gar konterkariert
1280werden. Bestandteil von Verträgen sollte sein, dass alle Handelspartner*innen sich
1281verpflichten, den bei ihnen tätigen oder ansässigen Unternehmen eine menschenrechtliche
1282Sorgfaltspflicht im Sinne der VN Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte
1283aufzuerlegen.

1284Doch hierfür brauchen wir eine **Neuausrichtung der EU-Handelspolitik**. Das Mercosur-
Abkommen,

1285das die EU unter anderem mit Brasilien abschließen will, ist das letzte fatale Beispiel
1286einer Agenda, die Liberalisierung und Deregulierung in den Mittelpunkt stellt. Wir

1287 kritisieren die hochproblematischen Konzernschiedsgerichte in Verträgen wie bei TTIP, CETA
1288 oder JEFTA, die auf der anderen Seite keine effektiven Schutzmechanismen für Klima, Umwelt,
1289 Menschenrechte, Arbeitnehmer*innen und Verbraucher*innen enthalten. Der brennende
Amazonas

1290 führt uns diese fatale Logik mehr als deutlich vor Augen, denn die zwischen der EU und den
1291 Mercosur-Staaten vereinbarten Handelserleichterungen für Rindfleisch wirken für den
1292 Regenwald wie ein Brandbeschleuniger. Wir wollen einen **Importstopp von Agrarprodukten**
aus
1293 **gerodeten Gebieten des Amazonas sowie von Palmöl aus dem indonesischen**
Regenwald.

1294 Mittlerweile wird auch immer mehr europäischen Regierungen klar, dass die
1295 Nachhaltigkeitsklauseln im Abkommen zahnlos sind und für das Klima, den Regenwald und die
1296 dort heimischen Indigenen keinen ausreichenden Schutz bieten, da es keinen wirkungsvollen
1297 Sanktionsmechanismus gibt, durch den Handelserleichterungen zurückgenommen werden
könnten.

1298 **Wir GRÜNE lehnen dieses Abkommen wie auch CETA und JEFTA in ihrer bisherigen**
Form ab, denn

1299 trotz einzelner Verbesserungen erfüllen sie die Bedingungen an fairen Handel nicht. Deswegen
1300 wollen wir, dass sich die Bundesregierung im Rat für einen Stopp der Ratifizierung des
1301 jetzigen

1302 Mercosur-Abkommens und für Nachverhandlungen mit einem neuen Mandat einsetzt. Außerdem
ist

1303 es an der Zeit für ein **Bündnis für fairen Handel** – aufbauend auf den Korrekturen, die es
1304 nach der umfassenden Kritik gerade auch der Zivilgesellschaft bereits gegeben hat und die
1305 auch einige europäische Regierungen zum Umdenken gebracht haben.

1306 Die EU sollte dabei in erster Linie auf Reformen der multilateralen Handelsregeln sowie auf
1307 einen **gemeinsamen plurilateralen Vertrag** setzen, der weltweit Standards für fairen,
offenen,

1308 geschlechtergerechten und ökologischen Handel etabliert mit dem Ziel, die Globalisierung
1309 gerecht zu gestalten. Bilaterale Handelsverträge können Zwischenschritte sein. Dafür müssen
1310 diese aber offen für andere Handelspartner und so ausgestaltet sein, dass sie in ein
1311 globales Welthandelssystem integrierbar sind. Der Fokus muss in Zukunft auf
1312 Handelsliberalisierungen liegen, die sich positiv auf die nachhaltige Entwicklung auswirken.

1313 Starke Regeln für faire Märkte gehören dabei zum Kern von Handelsabkommen. Das beinhaltet
1314 zentrale internationale Abkommen wie die ILO-Kernarbeitsnormen oder das Pariser
1315 Klimaschutzabkommen. Handelserleichterungen könnten somit auch wieder aufgehoben
werden,

1316 wenn ein Handelspartner zum Beispiel den Klimavertrag von Paris aufkündigt oder dessen Ziele
1317 nicht einhält. Das gleiche gilt für den Verstoß gegen Menschenrechte und auch für die Nicht-
1318 Einhaltung von Mindeststandards für Umwelt und Arbeit.

1319 Das **Vorsorgeprinzip** wollen wir zum Schutz von Umwelt und Verbraucher*innen für alle Teile
1320 von Handelsverträgen geltend machen. Parlamente dürfen durch Regeln zur regulatorischen
1321 Zusammenarbeit in Handelsabkommen nicht umgangen oder geschwächt werden. Faire
1322 Handelspolitik lässt den Staaten, Regionen und Kommunen Freiräume, um Dienstleistungen so

zu

1323organisieren und zu regulieren, wie sie das für richtig halten.

1324Statt einseitiger Sonderklagerechte für private Investoren (ISDS/ICS) setzen wir uns für
1325einen **ständigen internationalen Handelsgerichtshof** ein, vor dem auch Betroffene klagen
1326können, wenn Unternehmen gegen Investorenpflichten im Bereich der grundlegenden
1327Menschenrechte, Sozial- oder Umweltstandards verstoßen. Die zugrundeliegenden Regeln, die
1328Unternehmensklagen ermöglichen, müssen eng begrenzt werden, um bspw. Klagen gegen
Fracking-
1329Verbote oder den Atom-Ausstieg auszuschließen.

1330Lieferkettengesetz einführen

1331Damit Menschenrechte und Umwelt in internationalen Lieferketten nicht länger unter die Räder
1332geraten, wollen wir gesetzliche Regeln zu Transparenz und Sorgfaltspflichten für Unternehmen
1333einführen. Das beinhaltet, dass die EU nachvollziehbare entwaldungsfreie Lieferketten
1334verbindlich durchsetzt. So kann bei Bruch von internationalen Verträgen und Verpflichtungen
1335ein Importstopp von Agrarprodukten wie zum Beispiel für Soja und Rindfleisch aus gerodeten
1336Gebieten des Amazonas verhängt werden. In der öffentlichen Beschaffung sollte Deutschland
1337mit gutem Beispiel voran gehen und nur noch Produkte aus nachweislich entwaldungsfreien
1338Lieferketten einkaufen.

1339Transnationale Unternehmen, **die in Deutschland tätig sind**, wollen wir dafür haftbar
machen,

1340wenn sie innerhalb ihrer Produktions- und Ressourcenketten an Menschenrechtsverletzungen
1341beteiligt sind. **Wenn Unternehmen nachweislich fahrlässig gehandelt oder bewusst ihre**

1342**Sorgfaltspflichten misachtet haben, sollen Betroffene diese in Deutschland
zivilrechtlich**

1343**belangen können.** Das Beispiel Frankreich zeigt, dass dies möglich ist. Unternehmen müssen
1344entlang ihrer Lieferketten soziale und ökologische Mindeststandards einhalten und vor allem
1345müssen diese transparent sein, sodass klar ist, unter welchen Bedingungen Produkte
1346produziert wurden. Kriege, Menschenrechtsverletzungen und Ausbeutung dürfen nicht durch
1347Produkte finanziert werden, die in der EU verkauft werden. Produkte, die soziale und
1348ökologische Mindeststandards nicht einhalten, wollen wir nicht in unseren Supermarktregalen
1349sehen. Wir wollen eine konsequente Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und
1350Menschenrechte.

1351Und wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie sich endlich aktiv am Prozess der
1352Vereinten Nationen zur Erreichung eines völkerrechtlichen Abkommens (UN Binding Treaty
1353Prozess) beteiligt, mit dem transnationale Konzerne und andere Wirtschaftsunternehmen für
1354Menschenrechtsverstöße zur Verantwortung gezogen werden sollen.

1355Wir fordern, dass in allen Handelsabkommen der EU soziale und ökologische Standards für
1356Unternehmen, die Produkte in die EU importieren, rechtsverbindlich verankert werden. So
1357sorgen wir zum Beispiel dafür, dass Smartphones, deren Rohstoffe mit Kinderarbeit im Kongo
1358geschürft wurden, Jeans, deren Produktion Flüsse in Bangladesch vergiftet haben oder auch
1359Rindfleisch aus gerodeten Gebieten des Amazonas nicht mehr länger auf den Europäischen
Markt

1360gelangen. Daraus resultierende Importbeschränkungen stellen sicher, dass durch die

1361 Marktmacht des größten Binnenmarkts der Welt ökologische und soziale Verbesserungen entlang

1362 der Lieferkette international durchgesetzt werden.

1363 Handel nicht auf Kosten der Ärmsten

1364 Entwicklungschancen für wirtschaftlich schwächere Länder müssen durch Handelsabkommen

1365 vergrößert statt verkleinert werden. Dazu gehören wirksame Klauseln zum Schutz sensibler

1366 Wirtschaftsbereiche, die Erlaubnis für Exportsteuern auf Rohstoffe, die Förderung regionaler

1367 Integration, Technologietransfer und eine angemessene Besteuerung wirtschaftlicher

1368 Aktivität. Menschenrechte und Entwicklungschancen müssen Vorrang vor reinen

1369 Handelsinteressen haben. Deshalb ist eine gewisse asymmetrische Ausgestaltung von Verträgen

1370 zum Vorteil wirtschaftlich schwächerer Länder, aber auch in unserem Interesse.

1371 Gerade die Industrieländer werden von einer stabilen Entwicklung im globalen Süden, die den

1372 Menschen Chancen, Perspektiven und Bildung gibt, ökonomisch, friedenspolitisch und

1373 klimapolitisch profitieren. Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen sind dafür

1374 kontraproduktiv. Gleichzeitig fordern wir, dass die EU ihre Zölle auf verarbeitete Produkte

1375 aus Entwicklungsländern senkt oder abschafft, um die Produktion vor Ort zu fördern. Wir

1376 wollen die regionale Integration von Entwicklungsländern fördern. Und wir bevorzugen die

1377 Welthandelsorganisation und multilaterale Abkommen gegenüber bilateralen

Handelsabkommen, da

1378 die Interessen insbesondere ärmerer Länder ansonsten drohen, unter die Räder zu geraten.

1379 Entwicklungschancen für rohstofffördernde Länder

1380 Bei Gewinnung, Verarbeitung und Nutzung von Bodenschätzen geht es auch um

1381 Entwicklungschancen für die rohstofffördernden Länder. Der überproportionale Verbrauch von

1382 Rohstoffen in den Industrieländern gibt uns nicht das Recht auf überproportionalen Zugang.

1383 Nur eine faire Verteilung gewährleistet auch eine langfristig friedliche Zukunft. Daher

1384 setzen wir auf **internationale und kooperative Lösungsansätze**. Häufig geht der Abbau von

1385 Rohstoffen mit gravierenden Menschenrechtsverletzungen einher. Die EU-Verordnung zu

1386 Konfliktmineralien tritt 2021 in Kraft und ist ein wichtiger Schritt, um den schlimmsten

1387 Verbrechen Einhalt zu gebieten. Wir setzen uns dafür ein, die Verordnung auszuweiten, denn

1388 bisher sind nur vereinzelte Rohstoffe abgedeckt. Gleichzeitig ergeben sich auch Vorteile,

1389 wenn der Zugang zu und der Handel mit Rohstoffen stabil und langfristig ist. Voraussetzung

1390 dafür ist, dass die menschenrechtlichen, sicherheits-, umwelt- und demokratiepolitischen

1391 Konsequenzen mitberücksichtigt und dafür jeweils Standards geschaffen werden. Diese müssen

1392 auf verschiedenen Ebenen ansetzen: im Herkunftsland, bei Investor*innen und Unternehmen, im

1393 Verbraucherland und auf internationaler Ebene.

1394 Sichere und stabile Weltwährungsordnung schaffen

1395 Nachdem in den 1970er Jahren das internationale Währungssystem „Bretton Woods“ aufgekündigt

1396 wurde – es regelte die internationalen Finanz- und Wechselkursbeziehungen – waren die

1397 Staaten nicht bereit, eine neue gemeinsame Ordnung zu etablieren. Stattdessen ließen die

1398 großen Industrienationen ihre Wechselkurse weitgehend frei schwanken und die internationalen

1399 Finanzinstitutionen setzten sich für einen unbeschränkten internationalen Kapital- und
1400 Finanzverkehr ein. Regelmäßige Währungs- und Finanzkrisen haben seitdem die Welt
erschüttert

1401 und vor allem weniger entwickelte Länder wurden durch spekulative Kapitalflüsse in ihrer
1402 Entwicklung immer wieder zurückgeworfen. Gleichzeitig sind die globalen

1403 Handelsungleichgewichte explodiert und stellen einen neuen Herd der Instabilität dar. Wir
1404 wollen international **im Rahmen der G20 eine Diskussion über ein neues System**

stabilisierter

1405 **Wechselkurse anregen.** In der Überzeugung, dass wir so Spekulation eindämmen,
Entwicklung und

1406 Handel fördern und Handelsungleichgewichte abbauen könnten.

1407 **Für die ärmsten Länder der Welt** ist die öffentliche Entwicklungsfinanzierung zentral. Wir
1408 streben eine Weltwährungsordnung an, die es nicht nur den wohlhabenden Ländern ermöglicht,
1409 langfristige Investitionen auch langfristig und damit verlässlich zu finanzieren. Dafür
1410 müssen kurzfristige, spekulative Finanzströme reguliert, verteuert und notfalls auch
1411 verboten werden. Wir müssen uns gegen spekulative Attacken auf Staaten und ihre Währungen
1412 absichern. Dafür braucht es globale öffentliche Institutionen. Hier sind aber keine
1413 kurzfristigen Erfolge zu erwarten. Um dennoch schnell zu einer Veränderung zu kommen, wollen

1414 wir, dass die Europäische Zentralbank die Auswirkungen ihrer Politik auf Entwicklungsländer
1415 berücksichtigt und diese unterstützt. Entwicklungsländern, die durch ungerechtfertigte
1416 Währungsspekulationen unter Druck geraten, soll sie zur Seite springen können, sofern es mit
1417 den geldpolitischen Zielen vereinbar ist. Hierfür könnten zum Beispiel Devisenswap-
1418 Vereinbarungen oder Art. 219 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union
1419 (AEUV) zur Festlegung von Wechselkurspolitiken genutzt werden.

1420 Die globale Transformation bedeutet vor allem in ärmeren Ländern massive Investitionen.
1421 Diese nachhaltig, sozial-ökologisch und auf lokale Bedürfnisse ausgerichtet bereitzustellen,
1422 muss ein zentrales Ziel der globalen Finanzierungsarchitektur sein.

1423 Die multilateralen Finanzinstitutionen **IWF, Weltbank** und regionale Entwicklungsbanken
können

1424 beim Erreichen der globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) und dem weltweiten sozial-
1425 ökologischen Umbau eine entscheidende Rolle spielen. Wir wollen Ländern verlässlichen Zugang

1426 zu Finanzierung der Transformationsprozesse gewähren. Dabei muss die Weltgemeinschaft für
1427 globale Allmenden (etwa das Klima, Biodiversität, Wälder) auch im Sinne der "gemeinsamen,
1428 aber differenzierten Verantwortung" Lastenteilung ermöglichen. Dazu gehört derzeit ganz
1429 konkret ihr Engagement konsequent am Pariser Klimaabkommen auszurichten. Wir dürfen sie
1430 nicht aus der Verantwortung entlassen, selbst zu einer stabilen, nachhaltigen und
1431 armutsmindernden globalen Finanzarchitektur beizutragen.

1432 Um die notwendigen Kredite nicht zu finanziellen Bumerangs zu machen, braucht es ein
1433 geordnetes Staateninsolvenzverfahren bei Überschuldung in Fremdwährung. Nur ein System,
das

1434 die Interessen der Gläubiger*innen und Schuldner*innen austariert, führt zu adäquater
1435 Kreditversorgung und nachhaltiger Lösung von Überschuldungskrisen. Dabei spielen die
1436 aktuelle Regierungsführung und das Schuldenmanagement eine zentrale Rolle. Genauso wie

1437 korrupte Schuldnerregierungen durch Schuldenerlass nicht nachträglich für Fehlinvestitionen
1438 belohnt werden dürfen, muss „Geierfonds“ durch kollektive vereinbarte Regeln das Einklagen
1439 von Schulden verwehrt werden.

1440 Wir setzen uns aktiv gegen Steuersümpfe und für eine nachhaltige Finanzierung des
1441 Gemeinwohls ein. Eine Vielzahl ärmerer Länder sind entgegen jeglicher Logik
1442 „Nettokreditgeber“ – das heißt das Geld, das ihnen über Kapital- und Steuerflucht verloren
1443 geht, übersteigt die Summe aus Direktinvestitionen, Rücküberweisungen und
1444 Entwicklungszahlungen. Wir unterstützen daher eine aggressive Vorgehensweise gegen die
1445 organisierte Ausbeutung über Steuersümpfe und das Bankgeheimnis. Außerdem müssen wir
Staaten
1446 dabei unterstützen, solide Steuersysteme aufzubauen.

1447 **13. Stabile und nachhaltige Finanzmärkte und sichere Anlagen**

1448 Der Finanzsektor sollte eine zentrale Grundlage für die Ermöglichung realwirtschaftlicher
1449 Aktivitäten und damit der Vielfalt unserer Lebensentwürfe sein. Heute nimmt er diese
1450 positive Funktion oft nicht wahr. Daher brauchen wir klare und effektive Regeln, die die
1451 globale Finanzmarktarchitektur auf diese Aufgabe fokussiert. Dazu zählen Zahlungsverkehr,
1452 Kreditvergabe, Sparmöglichkeiten, Investitionsfinanzierung, Absicherungsgeschäfte und
1453 internationale Handelsunterstützung. Dabei gilt es, seine Funktion als Dienstleister
1454 gegenüber allen Bevölkerungsgruppen sicherzustellen und die Fähigkeit zum Umgang mit
1455 Finanzdienstleistungen staatlich zu fördern („financial inclusion“).

1456 Banken und Finanzmärkte sollen dazu dienen, Bürger*innen attraktive Sparmöglichkeiten
1457 anzubieten und Investitionen zu finanzieren. Mit geeigneten Regulierungen und einer
1458 umfassenden Finanztransaktionssteuer wollen wir reine Spekulationsgeschäfte und vor allem
1459 den Hochfrequenzhandel unattraktiv machen. Nicht genutztes Guthaben auf so genannten
1460 nachrichtenlosen Konten, wollen wir nutzen, um einen Fonds zu schaffen, der zielgerichtet in
1461 nachhaltige und soziale Innovationen investiert, sofern keine Erbansprüche vorhanden sind.
1462 Dazu brauchen wir ein datenschutzrechtlich konformes Verfahren zur Erfassung dieser Konten,
1463 deren Guthaben andernfalls in den Besitz der Banken übergehen.

1464 Lokal agierende kleine und mittelgroße Banken in Deutschland, und immer stärker auch wieder
1465 im Rest der EU, stellen für die meisten Firmen die Kreditversorgung sicher. In Deutschland
1466 hat sich das Drei-Säulen-Modell aus Sparkassen, Genossenschaftsbanken und Privatbanken
1467 bewährt. Deshalb wollen wir **das Lokalbankenprinzip in ganz Europa stärken**. Öffentliche
1468 Banken sind dem Gemeinwohl in besonderer Weise verpflichtet und sollten Fragen der nicht-
1469 finanziellen Berichterstattung zu sozialen, ökologischen und ökonomischen Faktoren eine
1470 Vorreiterrolle einnehmen. Sparkassen sollen Gemeinwohlberichte erstellen und transparenter
1471 werden, was die Offenlegung von Gehältern angeht.

1472 Mit einem Regulierungssystem aus klaren, harten aber deutlich weniger komplexen Regeln
1473 werden kleine Banken entlastet. Unsere europäische **Schuldenbremse für Banken** - eine
1474 ungewichtete Eigenkapitalquote von zehn Prozent - stellt sicher, dass genügend
1475 Sicherheitspolster vorhanden sind. Unter EZB-Bankenaufsicht stehende systemrelevante
Banken

1476 müssen zudem zusätzliches Eigenkapital aufbauen, das sich am Risiko des Geschäftsmodells
1477 orientiert. Zusätzlich wird allen Banken ein prozentual höherer Beitrag zu den
1478 Einlagensicherungsfonds auferlegt, der die Größe und das Risiko der Bankbilanz

1479berücksichtigt. Großbanken müssen kleiner werden. Durch ein effektives Trennbankensystem,
1480hohe Eigenkapitalanforderungen und eine vollendete Bankenunion werden sie nicht mehr das
1481Finanzsystem gefährden können. Die Rettung von Banken mit Geld der Steuerzahler*innen
gehört
1482dann der Vergangenheit an.

1483Mit den Möglichkeiten der Digitalisierung können neue Akteure auf den Finanzmärkten
1484entstehen bzw. wachsen. Sie machen für viele den Finanz- und Zahlungsverkehr einfacher und
1485schneller und bieten neue Anlagemöglichkeiten. Wir wollen hier klare Wettbewerbsregeln
1486schaffen, in welchen weder Banken noch große Tech-Unternehmen ihre dominante Stellung
nutzen

1487können, um unliebsame Konkurrenten und Innovationen zu behindern. Die Einführung eines **E-**
1488**Euros** bietet Chancen beim Zahlungsverkehr und für neue innovative Dienstleistungen. Diese
1489von den Zentralbanken des Eurosystems eingeführte elektronische Währung soll auch vielen
1490Menschen im Alltag als einfaches, sicheres und bequemes Zahlungsmittel dienen. **Privates**
Geld

1491wie etwa der von Facebook geplante Libra hingegen würde kein Problem lösen, aber potentiell
1492viele neue schaffen. Eine Verdrängung kleiner Unternehmen über die Währung eines Konzerns,
1493die Anhäufung von Zahlungsverkehrsdaten bei einem Unternehmen mit ohnehin schon
1494problematischer Datenmacht und die Aushöhlung des staatlichen Geld- und Währungsmonopols
1495lehnen wir ab und werden Libra nicht zulassen.

1496**Versicherungen und Pensionsfonds** stecken derzeit in finanziellen Problemen, weil sich ihre
1497Zinserwartungen nicht erfüllt haben. Die große Koalition hat wiederholt Maßnahmen
1498eingeläutet, um die Krise der Versicherer einseitig auf Kosten der Kunden zu lösen. Diese
1499Politik lehnen wir entschieden ab. Wir werden im Falle einer Schieflage einer Versicherung
1500eine faire Lastenverteilung zwischen den Eigentümer*innen der Unternehmen und den
Kund*innen

1501gewährleisten. Das Volumen des Sicherungsfonds Protektor ist im Falle einer Krise viel zu
1502gering. Um Abhilfe zu schaffen, muss das Volumen des Fonds deutlich erhöht werden. Auch
1503sollte ein europäisches Rückversicherungssystem eingeführt werden. Außerdem werden wir es
1504nicht mehr gestatten, dass die Unternehmen Versicherungsverträge ohne die Zustimmung der
1505Kund*in weiterverkaufen.

1506Die **Finanzberatung** muss sich grundlegend wandeln. Durch Provisionen kommt es heute
dazu,

1507dass Anleger*innen nicht die passenden Produkte empfohlen werden, sondern die mit den
1508höchsten Provisionen. Mit dem schrittweisen Übergang zur Honorarberatung – die Kund*in zahlt
1509die Beratung also nicht mehr indirekt über die Provision, sondern direkt an die Berater*in,
1510dafür ist das Produkt dann günstiger – wird sich die Qualität der Beratung verbessern und
1511sich das Berufsbild der Berater*innen wandeln. Als Zwischenschritt sollen Finanzinstitute
1512Verträge mit Beitragskalkulationen inklusive und exklusive Provisionen bereitstellen.

1513Der **Finanzsektor** ist entscheidend für mehr Klimaschutz. Klimarisiken, die in Konzern- und
1514Bankbilanzen schlummern, sollten bei der Bewertung durch Rating-Agenturen und die
1515Finanzmarktaufsicht berücksichtigt werden, zum Beispiel durch Klima-Stresstests für Banken
1516und Versicherungen oder durch Aufschläge bei Eigenkapitalanforderungen zu Finanzierungen,
1517die hohe Klima- und Umweltrisiken bergen. Besonders Finanzinstitute in öffentlicher Hand, wie

1518deutsche und europäische Förderinstitute, aber auch öffentlich-rechtliche Sparkassen müssen
1519ihre Investitionen in Kohle-, Öl- und Gas-Konzerne, die Geschäfte auf Kosten des Klimas
1520machen, beenden. Zudem müssen staatliche Garantien in der Exportförderung im Einklang mit
1521dem Pariser Klimaabkommen stehen.

1522Die Europäische Zentralbank kann ebenfalls einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Sie sollte
1523Klimaschutzziele bei der Entscheidung berücksichtigen, welche Vermögenswerte sie als
1524Sicherheit akzeptiert und welche sie im Rahmen der quantitativen Lockerung ankauft.

1525Ein Bürger*innenfonds für stabile und rentable Anlagemöglichkeiten

1526Damit die Bevölkerung in Deutschland mehr von den volkswirtschaftlichen Gewinnen der
1527Wirtschaft profitieren kann, schlagen wir die Errichtung eines **Bürger*innenfonds** vor. Er
1528soll all den Bürger*innen eine Beteiligung an Wohlstandsgewinnen sichern, deren Einkommen zu

1529klein sind, um selbst Vermögen in Aktien, Immobilien oder anderen Werten anzusparen. In den
1530Bürger*innenfonds zahlt jede Bürger*in automatisch einen bestimmten Teil seines Einkommens
1531ein. So stellen wir für den Fonds eine hohe Anlagesumme sicher und senken damit die
1532Verwaltungskosten. Wer aber andere Formen der Anlage bevorzugt, kann der Einzahlung in den
1533Bürger*innenfonds einfach widersprechen (Opt-out). Um Fehler von Riester zu vermeiden, wird
1534der Fonds keine Zinsgarantien gewähren, weil sie die Rendite mindern. Sicherheit werden wir
1535stattdessen über eine breit gefächerte, diversifizierte, nachhaltige und langfristige
1536Anlagestrategie gewährleisten. Der Bürger*innenfonds bietet also Menschen, die kleine
1537Ersparnisse haben, eine risikoarme und vor allem extrem preiswerte Anlageform. Auch die
1538Wirtschaft wird von diesem Fonds profitieren. Denn es tritt ein gewünschter Nebeneffekt ein:
1539Das Kapital ist nicht von einer kurzfristigen Renditeerwartung getrieben, sondern einer
1540nachhaltigen Anlageentwicklung verpflichtet.

1541**14. Gemeinwohlorientierte Unternehmen stärken**

1542Im Bereich der sozialen und technischen Infrastruktur (Gesundheit, Bildung, Energie, Wasser,
1543Transport), in deren Rahmen für das Leben der Bürger*innen grundlegende Güter und
1544Dienstleistungen zur Verfügung gestellt werden, muss dem öffentlichen Sektor eine wichtige
1545Funktion zukommen. Die Privatisierung öffentlicher Unternehmen im Bereich der öffentlichen
1546Pflichtaufgaben der Daseinsvorsorge lehnen wir ab, die Ausbreitung kommerzieller Träger
1547wollen wir begrenzen. Außerdem muss die Gemeinwohlorientierung von Unternehmen gestärkt
1548werden.

1549Viele Unternehmen engagieren sich bereits jetzt für ökologische und soziale Ziele. Immer
1550mehr Unternehmen schreiben diese gesellschaftlichen Ziele parallel zum wirtschaftlichen
1551Erfolg verbindlich fest. Diese ökonomische Bürger*innenbewegung werden wir systematisch
1552stärken. **Unser Ziel ist eine Gründungswelle neuer Genossenschaften und von sozial-
ökologisch**

1553**inspirierten Unternehmen.** Dabei wollen wir auch eine Unternehmensrechtsform
ermöglichen, die

1554eine vollständige Vermögensbindung (asset-lock) erlaubt, so dass das Unternehmen nicht mehr
1555von Vermögenseigentümer*innen sondern von Verantwortungseigentümer*innen gehalten wird.

1556Öffentliche Finanzierungsprogramme der Wirtschaftsförderung, Informationsangebote für
1557Gründer*innen und Beratungsangebote für Unternehmen werden wir systematisch für alle

1558Unternehmungen öffnen. So wollen wir auch Genossenschaften, Social Startups und Vereine
1559stärken, die wirtschaftlich aktiv sind.

1560Die Unternehmen der sozialen und solidarischen Ökonomie brauchen attraktive Rechtsformen.
1561Eine vereinfachte, **allgemeinverständliche Mustersatzung für Genossenschaften** wollen
wir in

1562Zusammenarbeit mit den Genossenschaftsverbänden breit zugänglich machen. Kleine

1563Genossenschaften werden wir von einschlägigen Auflagen des Handelsrechts entlasten. Die

1564Überarbeitung der Rechtsformen soll ermöglichen, dass Unternehmen der solidarischen
Ökonomie

1565sichtbarer werden und dadurch in Deutschland und in Europa besser vertreten sind.

1566Sozialgenossenschaften sollen künftig nicht mehr durch ein faktisches Kombinationsverbot von

1567bezahlter und ehrenamtlicher Arbeit behindert werden. In eine gesetzliche Reserve

1568eingestellte Gewinne wollen wir von der Körperschafts- und Gewerbesteuer freistellen. So

1569stärken wir die Eigenkapitalbasis und Investitionsfähigkeit von Genossenschaften. Auf

1570europäischer Ebene setzen wir uns für ein Label von Produkten aus der sozialen und

1571solidarischen Ökonomie ein. Wer keinen Gewinn machen will, ist auf eine günstige

1572Finanzierung angewiesen. Wir wollen Sozialunternehmen diese bereitstellen, zum Beispiel über

1573Kreditprogramme der öffentlichen Förderbanken.

1574So unterstützen wir die Förderung kooperativer und regionaler Unternehmensformen und damit

1575die Stärkung lokaler Wirtschaftsstrukturen stärkt. Damit begünstigen wir engere Beziehungen

1576zwischen Konsumierenden und Produzierenden und regionalisieren Wertschöpfungsketten.

1577Zugleich gilt es, den **Bürgerenergiegenossenschaften** die regulativen Fesseln abzunehmen,

1578damit sie wieder zu kraftvollen Akteuren der Energiewende werden. Wir wollen die EU-

1579Richtlinie über den Elektrizitätsbinnenmarkt so wirtschaftsfreundlich in deutsches Recht

1580übersetzen, dass die Bürger*innenenergie umfassend gestärkt wird. Beim Mieter*innenstrom

1581wollen wir hinderliche Preisvorgaben abschaffen, um dezentrale Investitionen in Erneuerbare

1582zu ermöglichen.

1583Viele Unternehmen engagieren sich im Rahmen der Gemeinwohlökonomie. Wir wollen, dass
auch

1584Unternehmen im Bundesbesitz **Gemeinwohlbilanzen** erstellen oder in die Finanzbericht

1585integrierte sozial-ökologische Kriterien gleichwertig mit den finanziellen Kriterien

1586berichten. Eine Verankerung von Gemeinwohlbilanzen oder der integrierten Bilanzierung von

1587sozial-ökologischen Kriterien wollen wir über die CSR (Corporate Social Responsibility-)

1588Richtlinie hinaus im europäischen und deutschen Recht verankern. Auch heutige

1589gewinnorientierte Rechtsformen wie die Aktiengesellschaft sollen sich per Mehrheitsbeschluss

1590künftig andere Ziele geben können als die Maximierung des Profits, ohne dass sie dem Risiko

1591ausgesetzt sind, dass Minderheitsgesellschafter*innen dagegen klagen.

1592**15. Investitionen solide und gerecht finanzieren**

1593Wir wollen die **öffentlichen Investitionen deutlich steigern**. Ein Land, in dem jede achte
der

1594insgesamt 40.000 Brücken marode ist, das weniger Geld in Bildung steckt als fast all seine

1595Nachbarländer, das für seine Funklöcher berüchtigt ist statt berühmt für seine Smartphones,

1596ein solches Land lebt von vergänglicher Substanz. Es wird dauern, die politischen Vorzeichen

1597auf Vernunft zu drehen. Umso wichtiger ist es, jetzt damit zu beginnen. Investitionen

1598schaffen öffentliche Güter. Sie kosten Geld, aber wenn in das Richtige, Zukunftsfähige
1599investiert wird, schaffen sie Wohlstand. Jede Ausgabe, die der Staat so tätigt, führt in der
1600Wirtschaft zu Einnahmen und es werden Jobs geschaffen. Für einen Euro, den wir klug
1601investieren, kann unsere Wirtschaftsleistung um deutlich mehr als einen Euro steigen. Eine
1602stärkere Investitionspolitik steht dabei auch im Zeichen der Generationengerechtigkeit, denn
1603zukünftige Generationen haben nichts davon, wenn sie in ein paar Jahrzehnten zwar mit einer
1604Schwarzen Null, aber auch einer vollkommen kaputt gesparten Infrastruktur dastehen.

1605Wir wollen diese Investitionen finanzieren, indem wir Fehlanreize abstellen, Gelder
1606umschichten und gezielt Investitionen über Kredite ermöglichen. Wir unterscheiden dabei
1607zwischen einmaligen Investitionen und dauerhaften Ausgaben. Diese dauerhaften Ausgaben
zum

1608Beispiel für Bildung und Gerechtigkeit sind für den sozialen Ausgleich und den Zusammenhalt
1609der Gesellschaft essenziell. Diese dauerhaften Ausgaben wollen wir durch laufende
1610Steuereinnahmen, eine gerechtere Besteuerung von Vermögen und die Bekämpfung von
1611Steuerbetrug und -umgehung gegenfinanzieren.

1612Bisher scheitern Investitionsprogramme auch an mangelnden Kapazitäten in der Bauwirtschaft
1613oder in den Planungsabteilungen des öffentlichen Dienstes. Unsere Investitionspolitik ist
1614deshalb verlässlich und langfristig angelegt, so dass sowohl die private Bauwirtschaft als
1615auch der öffentliche Dienst wieder mehr Kapazitäten aufbauen können. Wir investieren
1616dauerhaft und nachhaltig.

1617Investitionsgesellschaften gründen

1618Viele Investitionen schaffen werthaltige Wirtschaftsgüter, mit denen sich Einnahmen erzielen
1619lassen. Eine Stromleitung erzielt Einnahmen durch den durchgeleiteten Strom. Das gleiche
1620gilt analog für Ladeinfrastruktur für Elektroautos, Breitband für Internet und vieles
1621andere. Um diese Investitionen effizient durchzuführen, werden wir sie jeweils in
1622öffentlichen Investitionsgesellschaften bündeln, darüber finanzieren und stringent managen.
1623Damit werden wir nachhaltige Werte für die nächste Generation schaffen, die sich auch
1624wirtschaftlich rechnen, insbesondere in Zeiten von Nullzinsen, ja mitunter sogar negativer
1625Zinsen.

1626Die grundgesetzlichen Regelungen zur Schuldenbremse sehen vor, dass die Verschuldung von
1627**öffentlichen Gesellschaften** wie zum Beispiel der Bahn, Wohnungsbaugesellschaften oder
1628öffentlichen Krankenhäusern nicht auf die Schuldenbremse angerechnet werden. Das gleiche
1629gilt für die neu zu gründenden Investitionsgesellschaften. Daher werden wir sie aus dem
1630Investitionsfonds mit genügend Eigenkapital ausstatten, damit sie sich wie jedes private
1631Unternehmen auch am Finanzmarkt selbst zusätzliches Kapital besorgen können. Der Bund gibt
1632für diese Kreditaufnahme eine Staatsgarantie. So könnte der Bund zum Beispiel eine
1633Ladesäulengesellschaft neu gründen, der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben für
1634Wohnungsneubau und Gebäudesanierung eine Kreditaufnahme erlauben und die
Verschuldungsgrenze

1635bei der Deutsche Bahn erhöhen. **Good Governance** und demokratische Beteiligung sollen für
1636Transparenz und Kontrolle sorgen. Die Regierung muss steuern können und für Parlament und
1637Öffentlichkeit müssen Entscheidungen und Mittelverwendung transparent sein. Die
1638Privatisierung dieser Gesellschaften wollen wir dauerhaft ausschließen, damit öffentliches
1639Vermögen auch öffentlich bleibt.

1640 Die Begrenzung der Staatsschulden mit Investitionen in Infrastruktur kombinieren

1641 Es war richtig, dass sich Deutschland Regeln gegeben hat, die dafür sorgen, dass es nicht zu
1642 exzessiver Verschuldung der öffentlichen Hand kommt. Sie haben – gemeinsam mit der
1643 Geldpolitik der Europäischen Zentralbank – geholfen, die Verschuldung einzudämmen. In
1644 Deutschland ist die Schuldenquote so von 80 Prozent auf unter 60 Prozent der
1645 Wirtschaftsleistung zurückgegangen. An diesem Erfolg wollen wir festhalten.

1646 Aber nicht nur Schulden im Haushalt sind Schulden. Wenn wir jetzt nicht in Bildung,
1647 Innovation und Forschung sowie in Maßnahmen zum Klimaschutz investieren, verspielen wir
1648 unseren zukünftigen Wohlstand. Außerdem würden die Finanzmärkte, die immer auch sichere
1649 Anlagemöglichkeiten wie Staatsanleihen brauchen, bei einem immer geringeren Schuldenstand
1650 nicht mehr stabil funktionieren, weil ihnen sichere Anlagemöglichkeiten fehlen. **Wir wollen**
1651 **daher die Schuldenbremse im Rahmen der europäischen Stabilitätskriterien**
weiterentwickeln

1652 **und sie mit einer verbindlichen Investitionsregel verknüpfen.** Wenn der Bund mehr
investiert

1653 als sein Vermögen an Wert verliert – wenn er also neue Werte schafft – soll dies auch durch
1654 die Platzierung von neuen Anleihen finanziert werden können. **Die öffentlichen Investitionen**

1655 **sollen mindestens so hoch sein, dass sich das öffentliche Vermögen nach Abnutzung**
und

1656 **Wertverlusten mindestens im Gleichklang mit der Wirtschaftsleistung bewegt.**

1657 Diese Möglichkeit ist für Deutschland entsprechend den europäischen Vorgaben daran
gebunden,

1658 dass die öffentliche Schuldenquote unterhalb der Maastricht-Marke von 60 Prozent des BIP
1659 liegt und das strukturelle Defizit maximal ein Prozent der Wirtschaftsleistung beträgt.

1660 Durch diese Beschränkungen ist sichergestellt, dass die Schuldenquote sogar weiter fallen
1661 würde. Das gilt umso mehr, als dadurch zusätzliche Nachfrage und damit wirtschaftliche
1662 Entwicklung entsteht. Gerade im Falle eines bevorstehenden Abschwungs halten wir diese
1663 Möglichkeit für sinnvoller als etwa pauschale Steuererhöhungen oder Ausgabenkürzungen, denn

1664 diese würden den Abschwung noch verschärfen. Das wäre das Gegenteil einer nachhaltigen
1665 Finanzpolitik.

1666 Durch unseren Vorschlag dürfte der Bund im Durchschnitt etwa 35 Milliarden Euro pro Jahr
1667 Kredite aufnehmen. Diese Gelder wollen wir in einen **Bundesinvestitionsfonds** überführen,
der

1668 als Sondervermögen im Bundeshaushalt nicht der Jährlichkeit des Haushalts unterliegt. Er
1669 kann dann zweckgebunden investieren und auch eine stärkere antizyklische Wirkung entfalten.

1670 Um den Investitionsfonds abzusichern und sauber zu implementieren, streben wir eine
Änderung

1671 des Grundgesetzes an.

1672 Für eine optimale Steuerung von Staatsschulden und Investitionen erhalten Länder und
1673 Kommunen einen verbindlich vereinbarten Anteil aus den Mitteln des Bundes-Investitionsfonds,
1674 an dem alle Länder partizipieren und selbst entscheiden können, für welchen der vorgegebenen

1675 investiven Zwecke sie die Mittel einsetzen.

1676Es ist richtig, dass die Maastricht-Kriterien die Staatsverschuldung auch auf europäischer
1677Ebene begrenzen. Bei der anstehenden Reform wollen wir die Anreize für staatliche
1678Investitionen im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts verbessern. Zum Beispiel indem
1679Investitionsausgaben bei der Berechnung der Defizitquoten ähnlich wie private Investitionen
1680über mehrere Jahre abgeschrieben werden können. Damit stärken wir öffentliche Investitionen
1681gerade in Zeiten des wirtschaftlichen Abschwungs. Außerdem unterstützen wir Bestrebungen,
1682die Europäische Investitionsbank in eine Bank für Investitionen für die sozial-ökologische
1683Transformation umzubauen und setzen uns für einen stärkeren europäischen Haushalt ein. Wir
1684kommen beim Klimaschutz, bei Innovationen und dem sozialen Zusammenhalt besser und
schneller
1685gemeinsam voran. Dafür sind wir auch bereit, einen größeren deutschen Beitrag für diesen
1686europäischen Mehrwert zu verteidigen.

16871 Wir beschreiben im Antrag „Handeln – und zwar jetzt“ ausführlich unseren Maßnahmenplan
für
1688einen radikal realistischen und sektorenübergreifenden Klimaschutz.